

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seifer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7565.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige  
Pettizeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 26.

Sonnabend, den 29. Juni 1912.

16. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Elemente der Staatskunst. — Für 830 Granitarbeiter abermals ein Tarifabschluß. — Eine günstig beendete Lohnbewegung in Berlin. — Die aufgehobene geheime Sperre in Neucha. — Nochmals zum Tarifabschluß im Bayrischen Wald. — Steinauszeichnungen. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Christlicher Schwindel gerichtlich entlarvt. — Kundschau. — Dittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Abreisen. — Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.  
**Beilage:** Wer ist ein Streikbrecher? — Der Kampf um die neuen Friedhofsanordnungen. — Es graut ihnen vor den Geißeln, die sie riefen. — Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne im Vergleich. — Der 9. Konsumvereinstag. — Jahrmärtsillusionen. — Feuilleton: Die Bramburg, der mächtigste Basaltkegel der Provinz Hannover. — Gedicht: Die Werkwohnung.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Magdeburg: Firma Furcht. — Lützensbach: Granitwerk Cereghetti. — Jena: Kalksteinbetriebe. — Augsburg: Plaz Schülein. — Saarbrücken: Granitwerk B. Burger. — Laucha: Plaz Heinisch. — Heilsbach: Firma Schwan. — Gera: Korb & Töpelmann. — Hall: Werkplaz Burrer und Kog.

**Berlin.** Der Streik bei Jüngers & Schille ist mit vollem Erfolg beendet. Die Sperre ist aufgehoben.

**Gunzelsberg (Sachsen).** Hier ist es gelungen, nach zehntägigen Verhandlungen zum ersten Male für etwa 130 Granitarbeiter einen Tarif abzuschließen zu können. Die Vorlage schließt sich an die Demitz-Thumitz an.

**Grimma.** Auf Betreiben der Firma Weißhorn (Inhaber Laue) wurden im Quarzbruch sechs Mann aus der Arbeit entlassen. Die Firma will damit anscheinend ihre Arbeiterfreundlichkeit beweisen.

**Hauzenberg.** Im Steinbruch Verbing sind wegen Lohnreduzierung die Kollegen in den Streik getreten.

**Saibach-Saibach.** Der Streik der Steinmehrer bei der Firma Johann Karl dauert weiter.

**Reinheim (Odenwald).** Der Streik bei der Firma Frohmann & Co. dauert fort. Die eingeleiteten Verhandlungen verliefen resultatlos.

**Trier.** Die Lohnbewegung der Steinmehrer ist mit Erfolg beendet. Erreicht wurde in mehreren Staffeln eine Lohn-erhöhung von 6 Pfg. beim Stundenlohn.

**Nordendorf.** Die Lohnverhandlungen sind gescheitert; 30 Kollegen sind in den Streik getreten.

**Seebach (Schwarzwald).** In den Granitwerken Seebach sind sämtliche Arbeiter in den Streik getreten.

**Häslicht und Dähdorf (Schlesien).** Für 830 Granitarbeiter konnte erstmalig ein umfangreicher Tarif zum Abschluß gebracht werden.

**Dortmund.** Die Lohnbewegung der Steinmehrer bei den Firmen: Kunststeinwerk J. B. Schroer und Grabsteingehäuf Bumann ist mit Erfolg beendet. Der Stundenlohn wurde auf 65 Pfg. erhöht. Beteiligt sind 32 Kollegen.

**Dür-Arnsdorf.** Die Granitarbeiter stehen hier seit fünf Wochen im Streik. Der Unternehmer Jakobowicz mutet den Brechern eine Lohnreduzierung von 15-30 Proz. zu.

**Demitz-Thumitz.** Zugang nach hier ist zu unterlassen. Die Unternehmer haben die geheime Sperre eingeführt.

**Ebersbach (Sachsen).** Für die hiesigen Schotterwerksarbeiter konnte erstmalig ein Tarifvertrag zum Abschluß gebracht werden.

**Nürnberg.** Am Justizneubau sind die Steinhauer ausgesperrt worden, da sie sich weigerten, die Arbeiten der gemauerten Hilfsarbeiter zu leisten.

**Bunzlau.** Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß im Niederösterreichischen Sandsteinbezirk keine Aussicht besteht, Arbeit zu erhalten, da gegenwärtig noch Arbeitskräfte aus dem Bezirk frei sind.

**Eiterhagen.** Hier kam wieder ein neuer Tarif mit ansehnlichen Verbesserungen zustande.

**Nieden (Württemberg).** Hier stehen die Steinhauer und Steinhauer in Lohnbewegung. Zugang ist streng fernzuhalten.

**In Oesterreich-Ungarn sind gesperrt:** Ofegg, Görkau, Teplic (Böhmen), Stanislaw (Galizien), Wien, Cilli, Trient, Temeswar (Georg Kapfer), Pozsony, Arad, Győr, Pécs, Zombor, Elegg (Kroatien).

**Dänemark.** Die Marmor- und Granitschleifer in Kopenhagen befinden sich seit 8. Juni im Streik.

## Elemente der Staatskunst.

Es ist merkwürdig, wie wenig selbst Leute, von denen man es verlangen könnte, etwas wissen über den Unterschied zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft. In erlauterter Weise kam das vor ein paar Monaten im preussischen Abgeordnetenhaus zum Ausdruck, als der Abgeordnete Herr v. Gwinner, ein dem Zentrum angehöriger Schulinspektor, die Schulforderungen der

Sozialdemokratie lächerlich zu machen. Er glaubte dabei einen besonderen und unwiderstehlichen Trumpf auszuspielen, indem er sich darüber lustig machte, daß die Sozialdemokraten die Forderungen aufstellen, die sie im Interesse der Schule für nötig halten, ohne vorher zu wissen, wo das Geld dafür herkommen soll. Dieser merkwürdige Politiker weiß also nicht, daß das in der öffentlichen Wirtschaft stets so gemacht wird und auch gar nicht anders gemacht werden kann. Und er hätte es doch so leicht lernen können, wenn er sich nur z. B. um die neuesten Militärvorlagen ein wenig gekümmert hätte. Wüßten nicht unfre leitenden Staatsmänner mindestens seit Monaten ganz genau, welche Forderungen sie dem Reichstag unterbreiten wollten, ohne doch über die „Deckungsfrage“ im Klaren zu sein? Ja, ist nicht inzwischen die Vorlage angenommen, sind nicht die Ausgaben bewilligt, obgleich man selbst heute noch nicht weiß, wo das Geld herkommen soll? Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß es gut sei, sich auf Ausgaben festzulegen, ehe man die entsprechenden Einnahmen hat; wir wollen nur zeigen, daß in der öffentlichen Wirtschaft immer zuerst die Höhe der Ausgaben festgestellt wird, und daß nach ihnen die Höhe der Einnahmen sich richtet, während es in der privaten Wirtschaft bekanntlich umgekehrt ist. Der Privatmann muß sagen: so viel habe ich, folglich kann ich soviel ausgeben; der Staat dagegen (und ebenso jede andere Wirtschaftsgemeinde) muß umgekehrt sagen: so viel brauche ich, folglich muß so viel von den Bürgern an Steuern aufgebracht werden.

Nun mag man Herrn Hof damit entschuldigen, daß er als Schulmann nicht allzu viel vom Finanzwesen versteht, obzwar ein Abgeordneter sich solche elementaren Kenntnisse auf alle Fälle erwerben sollte. Aber man findet die gleiche Unkenntnis noch viel „höher“ hinauf. Herr v. Gwinner ist Direktor der größten Bank, die es nächst der Reichsbank in Deutschland gibt. Er versteht also zweifellos das Finanzwesen aus dem Innern — aber leider auch nur das private Finanzwesen. Vor zwei Jahren hielt er im Herrenhaus eine Rede, worin er eine vollständig andre Auffassung des preussischen Staats verlangte. Er bezeichnete es als falsch, daß der preussische Staat für jeden Verwaltungszweig alle Einnahmen und alle Ausgaben vollständig in den Etat hineinschreibt; nach seiner Meinung genügt das, was der Kaufmann den Saldo nennt, d. h. die Ueberschüsse bzw. Mehrausgaben. Wenn z. B. die Eisenbahnen 1600 Millionen Mark Ausgaben erfordern und 2100 Millionen Mark Einnahmen bringen, so genüge es, wenn einfach unter den Einnahmen siehe: 500 Millionen Mark Ueberschuss von den Eisenbahnen. Diesem und andern Beispielen fügte Herr v. Gwinner die drastischen Worte bei:

„Dah nun die ganze Einnahme und die ganze Ausgabe dieses Geschäfts auf den Etat gebracht wird, ist rein unnützlich. Jedenfalls würde kein Kaufmann und keine Bank es wagen dürfen, ähnlich zu buchsen; sie würden vor die Gerichte kommen, wenn sie es täten.“

Gerade diese Worte zeigen deutlich, daß Herr v. Gwinner die Wirtschaftsführung des Staats genau so auffaßt, wie irgendein privates Geschäft. Um zu sehen, wozu man damit käme, braucht man seine Grundzüge nur auf diejenigen Zweige der Staatswirtschaft auszuweiten, die reine Verwaltungsaufgaben erfüllen. Zum Beispiel die Justizverwaltung hat ja auch Einnahmen, Strafgelder, Beiträge für Selbstbeschäftigung in den Gefängnissen usw. Soll man da auch die Einzelheiten weglassen und in den Etat nur hineinschreiben: Die Mehrausgaben der Justizverwaltung über ihre Einnahmen betragen soundso viel? Jeder Ueberschuss, jede Kontrolle der Deffektivität würde dann verloren gehen.

Aber auch diejenigen Unternehmungen des Staats (oder der Gemeinde usw.), die Gewinn abwerfen, nehmen sofort einen andern Charakter an, wenn eine öffentliche Körperschaft, als wenn eine private Gesellschaft sie betreibt. So Himmelweit der Staatssozialismus noch vom echten Sozialismus verschieden ist, so bleibt doch wahr, daß eine öffentliche Körperschaft ihre Unternehmungen nicht mehr nur um des Erwerbs willen betreiben kann, sondern daß sie mindestens daneben auch das öffentliche Bedürfnis berücksichtigen muß. Mit vollem Recht hat der bekannte Staatsrechtslehrer Strug seinerzeit auf die Gwinnerschen Ausführungen erwidert: „Der Kaufmann verfolgt in seinem Geschäft Erwerbsinteressen, sein Ziel ist die Vermehrung des Vermögens“, der Staat dagegen muß „neben dem Erwerbszweck volkswirtschaftliche, politische und kulturelle Gesichtspunkte im Auge haben, selbst wenn darunter die Profitabilität des Unternehmens leidet“. Der Staat kann sich der Aufgabe nicht entziehen, auch Eisenbahnen zu bauen und zu betreiben, deren Unrentabilität er vorzuzieht; er kann, wenn es sich z. B. darum handelt, Bergwerke stillzuliegen, Schlittenbetriebe einzustellen, Domänen und Forsten zu kaufen, zu verkaufen und zu bewirtschaften, sich nicht anmaßend, so wie jeder andre auf den Standpunkt des Geschäftsmannes stellen: was verpricht der höchsten Reinertrag, die beste Verzinsung, den größten Kapitalgewinn?“

Mit einem Wort, durch die einfache Tatsache, daß ein Unternehmen — wie z. B. die preussischen Eisenbahnen — verstaatlicht wird, wachsen ihm ganz von selbst, sogar gegen den Willen seines neuen Unternehmers, Tendenzen an, die man als sozialistische bezeichnen muß.

Wie die Dinge heute liegen, gehen diese Tendenzen bei kommunalen Betrieben erheblich weiter als bei staatlichen. Gerade die preussische Eisenbahn zeigt es. Wohl kann sich der Staat, wie Strug sagt, nicht ganz der Aufgabe entziehen, auch unrentable Bahnen zu bauen und zu betreiben, wenn das Bedürfnis unabweisbar ist. Aber nach Möglichkeit drückt er sich davon, und die Tatsache bleibt bestehen, daß die Ueberschüsse der Eisenbahnen den wichtigsten Einnahmeposten der preussischen Finanzen bilden. Soll doch z. B. die jetzt geplante Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn in der Hauptsache nur ein Vorwand sein, um aus ihren Fahrgästen jährlich 8 Millionen Mark mehr herauszuziehen.

Bei den Kommunen liegen die Dinge anders. Da liegen Urfrage und Wirkung näher beieinander, und deshalb können die Kommunen häufig keine solche nackte Ueberschusswirtschaft treiben. Sie würden sonst bald die üble Wirkung auf andern Gebieten ihrer eigenen Tätigkeit spüren.

Was das gerade auf dem Gebiet des Verkehrswesens zu bedeuten hat, zeigt ein lehrreicher Aufsatz des Berliner Stadtrats Preuß. Er plädiert für völlige Uebernahme der Straßenbahnen, Hochbahnen usw. durch die Kommune, und zwar weil diese das dringendste braucht, wenn sie ihre Aufgaben auf dem Gebiete des Schulwesens, der Armenpflege, des Steuerwesens, der Wohnungspolitik usw. ordentlich erfüllen will. Dies erläutert Preuß durch folgenden Gedankengang: Die Stadt Berlin ohne Vororte zählt

heute etwa 2 100 000 Bewohner, ebensoviel wie Groß-Wien. Während aber dort diesen 2 Millionen Menschen 27 000 Hektar zur Verfügung stehen, sind sie in Berlin auf 6000 Hektar zusammengedrängt. Es ist somit zweifellos eine Aufgabe der nächsten Zukunft, weiteres Land zur Bebauung heranzuziehen. An Land fehlt es auch nicht an den Ufern der Spree und Havel. Im Gegenteil, da nirgends bergiges Terrain vorhanden ist, liegen die natürlichen Bedingungen hier besser als an vielen andern Orten. Aber um diese weiten Strecken bewohnbar zu machen, müssen sie durch Schnellbahnen an den Berliner Verkehr angeschlossen werden. Das geschieht gegenwärtig, wie man weiß (soweit es nicht die Eisenbahn tut), durch private Gesellschaften. Aber nun kommt der Zwiespalt: die privaten Gesellschaften wollen nur Geld verdienen. Sie werden also nur solche Linien bauen, die alsbald Gewinn abwerfen, d. h. nach Gegenden, die schon bebaut und bewohnt sind. Dem kann die Stadt auf die Dauer nicht untätig zusehen, hat es auch bisher schon nicht getan. Denn für sie ist es ja geradezu eine Lebensfrage, solche Gegenden „aufzuschließen“, die noch nicht bewohnt sind. Und da wird sich denn notwendigerweise eine wunderbare „Arbeitsteilung“ heraus ergeben, daß die Aktiengesellschaften die rentablen Linien bauen und die Stadt die unrentablen! Was aber für Berlin bereits brandend geworden ist, wird natürlich früher oder später auch für alle andern Großstädte eintreten. Zu entgehen ist dieser Kalamität nur dadurch, daß die Kommune die gesamten Straßenbahnen selbst in die Hand nimmt. Dann aber zeigt sich sofort jener Unterschied zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft. Die private Wirtschaft ist einzig und allein vom Interesse des Gewinns geleitet, sie kann infolgedessen das öffentliche Bedürfnis nur insoweit berücksichtigen, als es dabei etwas zu verdienen gibt. Die öffentliche Wirtschaft würde sich, wollte sie ebenso verfahren, ins eigene Fleisch schneiden. Sie ist ja an und für sich eigentlich nur zu dem Zweck da, das öffentliche Bedürfnis zu befriedigen. Nun kann sie das zwar in unfruchtbarer kapitalistischer Zeit nicht in dem vollen Umfange, der wünschenswert wäre; sie kann nicht jede Rücksicht auf finanziellen Gewinn oder Verlust beiseite setzen. Aber noch viel weniger kann sie das öffentliche Bedürfnis ignorieren.

Hieraus ergibt sich, wie verkehrt es ist, an die Verwaltung und Betriebsführung einer öffentlichen Wirtschaft denselben Maßstab anzulegen, der gegenüber einer privaten Wirtschaft am Platze ist. Diese Unterschiede zu kennen und danach die Forderungen zu bemessen, die an eine öffentliche Wirtschaft zu stellen sind, gehört zu den Elementen moderner Staatskunst.

## Für 830 Granitarbeiter abermals ein Tarifabschluß.

In diesem Jahre hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter in Schlesien schöne Erfolge zu verzeichnen. Wir können dort seit einigen Wochen Tarifabschluß um Tarifabschluß buchen. Seit längerer Zeit schon wurde es als arger Mißstand empfunden, daß in der großen Häslichter Häslicht (Bezirk Striegau) ein Tarifvertrag noch nicht bestand. Besonders bei den Verhandlungen, welche im März dieses Jahres in Striegau stattfanden, wurde sehr häufig auf die „wilden“ Verhältnisse in Häslicht hingewiesen. Und sicherlich nicht mit Unrecht. — Nun ist auch das anders geworden, denn seit 15. Juni haben ebenfalls die Kollegen von Häslicht einen umfangreichen Tarif. Der Ausba desselben schließt sich an den Striegauer größtenteils an. Als die Häslichter Kollegen ihre Vorlage eingereicht hatten, schien es, als ob sich die Unternehmer zu Verhandlungen nicht herbeilassen wollten. Es stellte sich aber bald heraus, daß auch diese Herren einsahen, daß es nicht mehr möglich ist, ohne Tarifvertrag auszukommen. — Die Unternehmer sind gut organisiert; sie gehören dem Steinmehrer-Verband (Stz Berlin) an. — Es kam nun auch bald zu Verhandlungen, die in recht umsichtiger Weise Herr Steinbruchbesitzer Meier-Zauer leitete. Folgende Firmen waren vertreten: C. J. Lehmann, Thasler, Kramer u. Meier, Ruvede, Böcker u. Nikolaier, Schröter, sowie die Firma K u l m i k. Beiderseitig war die Zahl der Kommissionsmitglieder eine umfangreiche. Die Söhne einiger älterer Steinbruchbesitzer, welche in militärischer Beziehung die Referentenspatente in der Tasche haben, hatten sich ebenfalls eingefunden, und so erhielt die Verhandlungskommission sogar ein „kriegerisches“ Aussehen.

Um der Tarif zum Abschluß zu bringen, waren drei unständliche Sitzungen nötig, welche aber einen völlig normalen Verlauf nahmen. Die Löhne sind eben im Häslichter Bezirk recht verschieden, und da war es nicht leicht, sich auf Einheitsätze zu einigen. Recht eingehend wurde debattiert über die Lage der Pflastersteinmehrer; hier haben uns die Zugeständnisse nicht befriedigt. — Besonders dürfte es willkommen sein, daß für die Brecher die Kubikmeterpreise erheblich geregelt wurden. Das waren ja auch noch sonderbare Zustände, welche in den einzelnen Brüchen herrschten. Scharf aber sachlich gekämpft wurde auf beiden Seiten, um den Ablaufstermin des Tarifs. Die Unternehmer schlugen den 1. Januar 1914 als Ablaufstermin vor. In einer temperamentoollen Rede begründete diesen Standpunkt Herr Frischmut, zweiter Direktor der bekannten K u l m i k'schen Werke. Er meinte, die Industriellen gäben meist ihre Kalkulationen im Winter und Frühjahr ab, und da müßten sie wissen, ob in der Industrie bezüglich der Arbeiterbewegung Frieden oder Krieg herrsche. Von unserer Seite widersprach Kollege Staudinger dem Ansinnen der Herren in entschiedener Weise. Er meinte, im Odenwald hätten uns seinerzeit die Unternehmer hohnlachend im Winter ausgesperrt, und wenn in Häslicht der 1. Januar als Ablaufstermin festgehalten würde, so hätte er zu erklären, und zwar im Einverständnis mit dem Verbands-

vorstand, daß unter solchen Umständen Arbeiterseite der Tarif nicht abgeschlossen werden könnte. — Zweimal zogen sich die Kommissionen zu separaten Beratungen zurück, und es wurde denn auch erzielt, daß der Tarif bis zum 11. März 1914 Gültigkeit hat. — Die Kollegen hatten den 1. Januar unter keinen Umständen akzeptieren können; das wäre für sie in wirtschaftlicher Beziehung bei Gängen gewesen.

Die Kollegschaft, ja die ganze Bevölkerung, hatte an dem Ausgange der Tarifverhandlungen ein sehr großes Interesse. Das bewiesen am deutlichsten die beiden Massenversammlungen in Däßdorf. Der Bergersche Saal und die beiden Nebenräume waren bei den Versammlungen immer überfüllt. Die Kollegen Schiller und Scholz gingen auf die Abmachungen selbst ein, während der Vorstandsvertreter Staudinger in großzügiger Weise, oftmals von lebhafter Zustimmung unterbrochen, den großen sozialpolitischen Wert der Tarifverträge in besonderer Schildderte. Dieser Redner geistelte ebenfalls in scharfer Weise das Alkoholflaster, welches unter einem Teil der Kollegen leider noch herrsche. Die Ortsverwaltung müsse alles aufbieten, um dieses Grundübel in nachdrücklicher Weise einzudämmen. In eindringlicher Weise forderte der Redner weiter auf, in der agitatorischen Kleinarbeit nicht zu erlahmen, denn ein Teil der Kollegen stünde uns noch fern. Diese heimlich natürlich jetzt auch die Früchte unserer geleisteten Arbeit ein. Auch die Kollegen Müller und Daubenthaler richteten beherzigenswerte Ausführungen an die Versammelten. Bei der vorgenommenen Abstimmung wurde nun der Tarif einstimmig angenommen. Der Kommission wurden ebenfalls Worte der Anerkennung gewidmet, da sie in so nachdrücklicher Weise die Interessen der Kollegen verfochten hat.

Allerdings konnten nicht alle Wünsche der Kollegen berücksichtigt werden; aber der Verband hat dennoch einen sehr schönen Erfolg errungen. Das erkennen auch unsere Mitglieder in vollem Umfange an. Die Ortsverwaltung kann davon berichten, daß täglich Neuaufnahmen gemacht werden; wohl der beste Beweis dafür, welches Vertrauen die Arbeiter dem Verbands entgegenbringen. Die Granitarbeiter in den übrigen Bezirken werden ebenfalls sehr erfreut sein, daß wiederum für weit über 800 Kollegen tarifliche Verhältnisse geschaffen sind. — Der Gesamtverband kann mit solchen Erfolgen sehr wohl zufrieden sein.

## Eine günstig beendete Lohnbewegung in Berlin.

Der in voriger Nummer gemeldete Streik bei Jüngers u. Schille in Berlin hat, dank dem festen Zusammenhalt der Streitenden und dem solidarischen Verhalten der übrigen Bauarbeiter, eine schnelle Lösung gefunden. So glatt wickelte sich die Sache jedoch trotz aller Schnelligkeit nicht ab. Nachdem die Genannten unsere Forderungen anerkannt hatten, legten sie nämlich selbst die Arbeit nieder, so daß unsere Kollegen, trotz scheinbarer Beendigung des Streiks, am Montag früh ohne Arbeit waren. Und das kam so. Jüngers u. Schille hatten die Arbeiten auf dem Fabrikneubau „Sarotti“ so billig übernommen, daß sie nicht imstande waren, eine saubere Arbeit für diesen Preis zu liefern. Die Bauleitung bestand jedoch auf einer solchen, weshalb es zu Differenzen zwischen Haupt- und Zwischenunternehmer kam. Schon fertige Arbeiten mußten noch einmal gemacht werden, und um dies so billig wie möglich zu erreichen, wurden ungelernete Arbeiter mit Stock- und Spitzarbeiten beschäftigt, höhere Steinmehlöhne auf den Minimallohn beschränkt, bisher gezahltes Jahrgeld verweigert und im übrigen durch vermehrtes Aufsichtspersonal getrieben, bis den Kollegen die Geduld riß und die einmütige Arbeitsniederlegung erfolgte. Die Forderung lautete: Einhaltung der tariflichen Bestimmungen, Zurückziehung der ungelerneten Arbeiter von den Steinmehrarbeiten, mit Ausnahme der Postarbeiten (Spitzen), für welche ein Stundenlohn von 75 Pfg. zu zahlen ist (vorher erhielten die Arbeiter 55 Pfg.), und ordnungsgemäße Herstellung der Rüstung. Am Sonnabend erfolgte die Anerkennung unserer Forderungen, und im Anschluß daran der Abzug der Herren Jüngers u. Schille. „Süße“ Erinnerungen wird der Bau „Sarotti“ in ihnen ein für allemal nicht erwecken. Hoffentlich werden die Herren Zwischenunternehmer und nicht nur diese, sondern sämtliche Unternehmer, die Lehre aus diesem Falle ziehen, daß die Preise bei Uebernahme von Arbeiten so bemessen sein müssen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer dabei zurecht kommen können. — Die Arbeiten werden jetzt in eigener Regie von der Hoch- und Tiefbaufirma Waß u. Freytag unter Anerkennung unserer tariflichen Bestimmungen weitergeführt. — Nicht unerwähnt darf jedoch das unsozialistische Verhalten des Steinmeiers Max Schäfer alias Schulz aus Denn bei Brüder a. d. Ahr, geb. 3. März 1889, bleiben. Der Genannte hatte bereits gelegentlich unseres vorjährigen Streiks bei Jüngers u. Schille den Beweis der Brauchbarkeit für in der Klemme befindliche Unternehmer erbracht, indem er während des Streiks arbeitete. Sein Avancement konnte nicht ausbleiben, und so treffen wir ihn bei den Bahnbauarbeiten in Landsberg a. W. als Polier wieder. Von der Montage zurück, muß er sich der neuen Würde wieder entkleiden und wieder als Geselle arbeiten. Vermutlich wollte er nun ein neues Leben beginnen. Um unerkannt zu bleiben, legte er sich einen neuen Namen zu (Schulz), und als solcher fungierte er bald in den Lohnlisten der Firma Jüngers u. Schille und in der — Mitgliederliste unseres Verbands. So mit Haut und Haaren seinen Unternehmern verschworen, kam, was kommen mußte. Er hielt ihnen auch jetzt die „Treue“, bis durch unsere stetige Bewegung das ganze Lügengebäude zusammenstürzte. Vorher versuchten ihn seine Gönner noch zu halten, indem sie uns glaubhaft zu machen suchten, daß er bei ihnen noch eine Schuld von 75 Mk. hätte (Vorschuß), um die sie kämen, wenn wir ihn dieselbe nicht abarbeiten ließen. (Ein Schuldschein mit der Unterschrift „Max Schulz“ lag parat, um zu unserer Ueberzeugung zu dienen. Nach Angabe Schäfers wurde dieser Schein nicht von ihm, sondern von dritter Seite unterschrieben.) Noch ein Wort der Kritik über das Verhalten des Genannten: Er versuchte zu verklären, halten wir für überflüssig. — Wir bedienen uns im Kampf um die Verbesserung unserer Lebenslage solcher Mittel nicht, in dem Bewußtsein, daß die Wahrheit und Freiheit einst über Lug und Trug und Knechtschaft einen endgültigen Sieg herbeiführen wird.

## Die aufgehobene geheime Sperre in Barcha.

Im Barchaer Bezirk existiert eine starke Granitporphyrindustrie. Es mögen darin etwa 800 Kollegen beschäftigt sein. Die Steinbrüche sind im Besitz von 4 Unternehmern; es handelt sich hier also um Großbetriebe. Die Arbeiter sind überwiegend organisiert, aber auch die paar Unternehmer bilden in acht „brüderlicher“ Liebe einen gut wirkenden Bund gegenüber der Arbeiterkraft. Als Führer im Unternehmerlager kommt Herr Robert Günther in Betracht, welcher bei all seinen Unternehmungen geradezu von einem bewundernswürdigen Glück sprechen kann. Hier heißt es: Der Steinbruch macht erst den Reicher.

Die Arbeiter konnten nach und nach Tarife abschließen; hierzu bequemen sich natürlich die Unternehmer nur sehr ungern. Erst in den letzten Tagen konnte mit dem Pflastersteinwert-Br. Preiser ein Tarif mit ansehnlichen Verbesserungen aufs neue zum Abschluß gebracht werden. Es ist aber charakteristisch, daß die hiesigen Unternehmer trotz der Tarifverträge die sogenannte „geheimen Sperre“ eingeführt hatten. Damit wollten sie die einheimischen Kollegen „Schachmatt“ setzen. Besonders taten sich hierbei hervor die Firmen, Günther u. Fiedler sowie Taul u. Tollert. Gegen diese Sperrmethode legten die Arbeiter in einer Massenversammlung scharfen Protest ein, und es blieb uns nichts andres übrig, als nun die Betriebe zu sperren, trotz des Tarifverhältnisses. Denn, was die Unternehmer bisher durchführten, war ja ein hahnblasener Tarifbruch. Wie Herr Günther, der in Leipzig als „Innungsobermeister“ fungiert, einen solchen Zustand dulden konnte, ist eigentlich nicht recht ersichtlich.

Der Protest der Arbeiter und die Kritik im „Steinarbeiter“ hat eine gute Wirkung ausgelöst. Der Unternehmerverband teilt aus Berlin mit, daß unternehmerseitig die Sperre aufgehoben sei. Zuerst wollten die Herren allerdings das Bestehen einer Sperre abstreiten. Aber damit fanden sie kein gläubiges Publikum.

Wir haben hier durch den Verband wieder einen unbestreitbaren Erfolg zu verzeichnen.

## Nochmals zum Tarifabschluß im Bayerischen Wald.

Das Keramarbeiterblättchen Nr. 23 kündigt am Schluß der Berichterstattung über den Tarifabschluß im Bayerischen Wald den Sprößel von Leipzig eine fürchterliche Abrechnung an. Die nicht anders zu erwarten, ist diese auch in Nr. 24 erfolgt. Doch gestalten Sie mir, naiver — Herr Brendel aus Koblenz, einige Worte der Verteidigung. Sie schreiben:

1. Wir sind zur Anstellung der Forderung nicht zugelassen worden, noch hat man uns gefragt, ob wir mit dem von Mittenmaier aufgestellten Tarifentwurf einverstanden sind. Man hat uns eine Abschrift, und diese noch nicht mal vollständig, erst dann abgeschickt, als der Entwurf bereits in Händen der Unternehmer war. Wir haben uns aus rein taktischen Gründen dieser Forderung angeschlossen. Hätten wir die von uns in Passau ausgearbeitete Vorlage ebenfalls an die Unternehmer geschickt, dazu wäre die Uneinigkeit schon im voraus dokumentiert worden. Dieses wollten wir vermeiden.

2. Wir sind beiderseits zu den Verhandlungen gegangen, ohne daß uns die „Freien“ vorher zu einer Sitzung und gegenseitigen Verständigung eingeladen haben. Sie haben uns solange vollständig ignoriert, bis sie durch den Verlauf der Verhandlungen gezwungen waren, sich mit uns zu verständigen. Aber nur zweimal wurden wir zu gemeinsamen Sonderverhandlungen eingeladen, und wir sind dieser Einladung gefolgt.

Zu diesen faulstichigen, christlichen Notlügen folgendes: Am 28. Dezember 1911 tagte auf meine Veranlassung in Plattling die im Tarif vorgesehene Vorbesprechung. In dieser entschuldigte sich Herr Kommerzienrat Kerber, daß er übersehen hätte, den christlichen Keramarbeiterverband einzuladen, und dies erst auf den Hinweis des Herrn Mittenmaier im letzten Augenblick nachgeholt habe. Laut Protokoll war im Namen des „großen“ christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes der Steinmetz Baumgartner von Hauzenberg erschienen und nahm an der ganzen Besprechung teil. Laut Protokoll heißt es weiter: „Aus rein praktischen Gründen wurde einbündig noch vereinbart, daß der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bis zum 1. Februar 1912 dem Verbands der Granitindustriellen in Bayern Vorschläge über einen neuen Lohnvertrag macht.“ Diese Aufgabe wurde vom Gauleiter Mittenmaier prompt ausgeführt und den Unternehmern, den Zahlstellen des Steinarbeiterverbandes und an Joseph Rechner je ein Exemplar, ersteren „mit“ und letzterem „ohne Stiggen“ gesandt. Folgender Brief beweist dieses:

Regensburg, 1. Februar 1912.  
Herrn Hans Mittenmaier, Gauleiter.  
Dechbetten, Post Preßing.

Bekäufte den Empfang des Tarifentwurfs und danke für die Zusendung. — Zu den eventuellen Verhandlungen werden unterseits vorausschicklich ein Vertreter unseres Zentralverbandes, zwei Vertreter der Zahlstelle Hauzenberg, ein Vertreter der Zahlstelle Netten und der Unterzeichnete sich einfinden.

Achtungsvoll  
(Stempel.) Joseph Rechner, Stadthof Nr. 157 1/2.

Darauf fanden die ersten Verhandlungen statt, gelegentlich welcher mehr als 10 gemeinschaftliche Sitzungen mit den Vertretern des schwarzen Verbandes stattfanden. Nach Vertagung derselben, vor Wiedervereinigung, schrieb ich:

Dechbetten, 25. April 1912.  
Herrn Joseph Rechner, Bezirksleiter.

Sie dürften sicher schon benachrichtigt sein, daß am kommenden Montag die weiteren Tarifverhandlungen tagen. Zu diesem Zwecke wird eine Vorbesprechung notwendig sein, und lade ich Sie zu einer solchen in unserm Lokale bis nachmittags 1 Uhr ein. Das Lokal ist dasselbe wie bei der ersten Verhandlung.  
Besten Gruß!  
Hans Mittenmaier.

Folgende Antwort ging mir darauf zu:  
Regensburg, 26. April 1912.

Herrn Gauleiter Mittenmaier.  
Dechbetten.

Sollte soeben an Sie schreiben und wegen einer Vorbesprechung anfragen, da ich von Herrn Kerber Telegramm und Brief erhalten habe. Bin mit Ihrem Vorschlag vollständig einverstanden, und treffen wir uns also am Montag, 1 Uhr, in Ihrem Lokale.  
Mit freundlichem Gruß  
Joseph Rechner.

Diese Briefe beweisen, daß stets ich der Einlader war. Führt sich nun der Artikelschreiber nicht vor Erzbischof Bettinger-München, der sagte: „Christliche Mütter dürfen nicht lügen!“? Wahrlich, man muß vor aller Welt moralisch unten durch sein, wenn man es wagt, solche Unwahrheiten wie oben den gläubigen Christen als Post voranzutreiben.

Wie kann man von Ignorierung sprechen, wenn Tüchtige von gemeinsamen Beratungen inner- und außerhalb des christlichen Vereines am 28. und 29. Dezember in München die Entschlüsse im beiderseitigen Einverständnis bekanntgegeben wurden?

Da, als die christlichen Vertreter am letzten Beratungstage, als wir uns zurückzogen, bei den Unternehmern gemäßigt sitzen blieben und öffentlich zeigten, daß sie mit uns nicht mehr gemeinsame Sache machten, und kein Interesse mehr an den Tag legten, sich für die Arbeiter noch weiter zu verwenden, indem sie anscheinend schon genug erreicht hatten, obwohl nachher erst die wichtigsten Entschlüsse gefällt, erstellten sie von uns die verdiente Strafe durch Vertagung. Das war Berrat, nicht weil sie mit den Unternehmern, eventuell in Gegenwart des Herrn Regierungsrats, einige Worte wechselten, sondern weil sie die Position für die Arbeiter durch diese Handlung schwächen wollten und preisgaben.

Daß die christlichen Vertreter bei der Beratung des Tarifs Stillsitzen markierten, halte ich aufrecht, wie ich auch aufrechterhalten muß, daß sie bei dem Punkte Arbeitszeitverkürzung sich nicht einmal äußerten und erst von Herrn Kerber mit den Worten: „Da, jetzt lassen die Herren von der anderen Organisation auch einmal ihre Meinung“, aus dem Schlummer geweckt wurden. Die nichtsagenden Worte des Herrn Rechner als Vermittlungsvorschlag hinzustellen, ist nichts als ein christlicher Gierfang. Ich sage, die Anwesenheit der christlichen Beamten Rechner und Brendel hat uns bei den Verhandlungen direkt geschadet. Sie redeten ja nicht, und so mußten die Unternehmer denken, wir (die Roten) seien allein die Unzufriedenen. Das stumme Benehmen dieser zwei Leute war einfach skandalös.

Nun zu dem Artikel in Nr. 23 des Keramarbeiterblättchens. Da schreibt man: „Der technische Aufbau der Schönmannaichen Gegenverträge war besser als der des Herrn Mittenmaier“. Wenn dem so wäre, hätte ich keine Veranlassung, mich zu schämen, denn in der Regel hat ein „Arbeiter“ eine andre Vorbildung als ein Steinmetz, Epishaurer oder Zöpfergeselle. Ich will aber den Herren Schwarzperraten, daß der ganze Tarif weiter nichts ist, als eine Uebertragung aus dem Münchner Tarif, der zum weitaus größten Teil das Produkt des Mittenmaier ist. Der Tarif kam seinerzeit zur Annahme, ohne daß die Unternehmer auch nur eine technische Aenderung vornahm.

Ferner schreibt man: „Der Allortarif bietet den Kollegen ganz beachtenswerte Verbesserungen; ob der Flächen- und Gliederartik Verbesserungen bringt, muß erst seine praktische Anwendung lehren.“ Sind die Herren überhaupt in der Lage, auf Grund desselben Berechnungen aufzustellen? Haben die Herren in der Zeit vom 26. Januar bis 11. Mai dies getan? Haben die Herren zu diesem technischen Aufbau ein Wort der Anerkennung und Verbesserung gesprochen? Haben die Herren ein Wort zur Verteidigung für die aufgestellten Grundpreise gebracht? Haben sie gewußt, ob er den Arbeitern Verbesserungen oder Verschlechterungen bringt? Haben sie ein Wort verloren, daß er auch für die Bauarbeiter Gültigkeit erlangen soll? Glaubt: Warum haben die Herren denselben anerkannt und unterschrieben? Nein, sie haben geschwiegen und den Zufriedenen gespielt, und jetzt kommen diese Elemente mit ihren Berleumdungen.

Wer so, wie die Christen, dem Kampfe aus dem Wege geht, kann sich wohl rühmen, „unbesiegt“ geblieben zu sein.

Dem Zöpfergesellen Rechner, jetzt in Regensburg, will ich die Ehre nicht erweisen, seine Ausführungen in dem Organ, das bei der Ausprägung der christlich organisierten Steinarbeiter in Fürtzengell wochenlang Streikbrecher suchte, zu widerlegen. Ich bedauere nur, daß dieser Mann zu einer Tätigkeit herangezogen wird, die ihm stets ein spanisches Dorf bleiben wird.

Die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes sind mit dem Geleiteten zufrieden. Sie haben jetzt eine sichere Grundlage im Tarifwesen geschaffen. Öffentlich gelang es, daß bei dem nächsten Abschluß christliche Statuten nicht mehr zugezogen werden; das wird auch die Aufgabe aller Steinarbeiter sein.

Hans Mittenmaier.

## Steinansschreibungen.

Folgender Bedarf an diversen Materialien ist nötig:  
Kgl. Kanalbauamt in Osabrück. Für den Bau der Schleusen in Söllage etwa 126 Kubikmeter Werksteine.  
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt II in Göttingen. 900 Kubikmeter Bruchsteine und 18 1/2 Kubikmeter Sandsteinabdeckplatten zum Bau einer Fußwegunterführung.  
Stadtbauamt in Halberstadt. 200 Quadratmeter Kleinpflastersteine.  
Bürgermeisteramt in Schiltigheim, Bezirk Unter-Elsch. Arbeiten und Lieferungen zum Ausbau der Deimeller Straße: b) 1300 Quadratmeter Pflaster, c) 1300 Quadratmeter Decklage, d) 440 Kubikmeter Granitabdecksteine, e) 270 Quadratmeter Pflaster und f) 970 Quadratmeter Schwegel.  
Magistrat in Schönebeck (Elbe). Lieferung von 120 Kubikmeter rauh bearbeiteten jächischen Granitbordsteinen und 1800 Quadratmeter Pflöcher Koppsteinen 2. Sorte zur Pflasterung eines Teils des Belgeleber Wegs.  
Architekt Joseph Müller in Straßburg. Steinhauserarbeiten für den Neubau der katholischen Kirche in Weisstrahen.  
Städtisches Tiefbauamt in Hagen. 1000 Quadratmeter Reihenspflastersteine, 50 Tonnen Kleinpflastersteine und 200 Tonnen Mosaikpflastersteine aus Granit.  
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in Marburg. 780 Quadratmeter Pflastersteine 2. Sorte aus Basalt- oder Grünstein.  
Tiefbauamt in Frankfurt a. M. Lieferung von Pflastersteinen: 8000 Quadratmeter aus Hartbasalt 1. Sorte, 9000 Quadratmeter aus Hartbasalt 2. Sorte, 1500 Quadratmeter aus Hartbasalt 2b. Sorte.  
Großh. Bezirksbauinspektion in Ageru, Baden. Steinhauserarbeiten, 7 Kubikmeter Granit, 47 Kubikmeter Sandstein, für einen Amtsgewächshaus in Bühl.  
Neubauamt der Trautmanerne in Koblenz-Lügel. 140 Kubikmeter Sandstein.  
Kgl. Eisenbahnbauabteilung in Spandau. Lieferung von 9000 Quadratmeter Pflastersteinen und 1000 Kubikmeter Bruchsteinen.  
Bürgermeisteramt in Mey. 3200 Tonnen Kleinpflastersteine aus Granit, 2200 Tonnen Kleinpflastersteine aus Basalt, 1100 Tonnen Mosaiksteine.  
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in Besele. 550 Quadratmeter Pflastersteine.  
Großh. Bezirksbauinspektion in Heidelberg. Rote Steinhauserarbeiten für den Erweiterungsbau der Universitäts-Augenklinik.  
Kreisbauamt in Redlinghausen. 2100 Quadratmeter Pflastersteine 1. Sorte aus bester Grauwade.  
Städtisches Tiefbauamt in Oberhausen. 1675 Quadratmeter Reihenspflastersteine und 2200 Quadratmeter Kleinpflastersteine aus Dolomitbasalt für die Neupflasterung der Sterkrader Straße in zwei Lagen.  
Großh. Bezirksbauinspektion in Groß-Gerau, Hessen. Basalt-pflastersteine und Trottoirabdecksteine aus Plattenbasalt für die Stadt Bernshelm, und zwar 1. 1610 Quadratmeter 2. Sorte Bahnhofsplaster, 100 Quadratmeter Basaltplatten für die Bankette, 160 Kubikmeter Trottoirabdecksteine, 30-40 Zentimeter lang, 10-12 Zentimeter breit und 30-40 Zentimeter Burchlänge. Endtermin der Lieferung August 1912. 2. 1350 Quadratmeter 1. Sorte Bahnhofsplaster, 360 Quadratmeter Basaltplatten für die Bankette.  
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in Lüneburg. Steinhauserarbeiten für die Erweiterung des Lokomotivschuppens auf Bahnhofs Lüneburg.

# Korrespondenzen.

**Mt-Barthou 11.** Es ist bezeichnend für die Geschäftsführer in Mt-Barthou, daß, wenn z. B. ein Arbeiter krank gewesen ist und wieder um Arbeit auftritt, dieser auf der alten Stelle nicht mehr eingestellt wird. Kommt man dann zum Geschäftsführer der Firma Ziebler, so sagt dieser: „Na, wir sind nicht die besten Freunde; Arbeit gibt es nicht.“ Es ist bedauerlich, daß sich die Kollegen eine solche Behandlung bieten lassen müssen. Wir haben hier ein recht ungesundes Material zu verarbeiten, und da ist es erklärlich, wenn häufig Erkrankungen vorkommen. Aber die Unternehmer nehmen dann bei der Einstellung nicht die nötige Rücksicht, die man vom menschlichen Gesichtspunkte aus wohl erwarten dürfte.

**Aue.** Am Sonntag, den 9. Juni, fand im Restaurant Reichshalle unsere Monatsversammlung statt, welche schlecht besucht war. Kollege Zippel gab Bericht vom Münchener Verbandstag. In einstündigen Ausführungen gab er den Kollegen die wichtigsten Beschlüsse des Verbandstages bekannt. Die Debatte hieran zeigte, daß die Kollegen mit den Beschlüssen des Verbandstages voll und ganz zufrieden sind. Dann erstattete Kollege Thiersch Bericht vom Gewerkschaftskartell Aue, dem zu entnehmen ist, daß in kurzer Zeit in Aue ein Gewerkschaftsgericht errichtet werden soll, und wie verlautet, soll dasselbe am 1. August in Funktion treten. Ueber die Bundesratsverordnung entspann sich eine längere, aber sachliche Debatte. Die Redner waren der Meinung, daß von den einzelnen Kollegen selbst mehr Druck auf die Einhaltung derselben ausgeübt werden soll, damit auch mancher Mißstand leichter beiseite geschafft werden kann. Zum Schluß konnten wir wieder vier Kollegen in den Verband aufnehmen. Zippel legte dann noch den neuerschienenen Kollegen in längeren Ausführungen die Bedeutung unseres Verbandes dar und bat selbst, dieses zu beherzigen und auch fest und treu zur Organisation zu halten.

**Brandenburg.** Zu der am 17. Juni stattgefundenen Versammlung war auch unser Gauleiter, Kollege Sieben aus Berlin, erschienen. Sieben schilderte uns in trefflichen Worten die Arbeiten unserer Delegierten auf dem Verbandstage. Er erklärte uns eingehend die von den Zahlstellen gestellten Forderungen und welche Verbesserungen diese bedeuten. Mit Freude vernahm man, welche großen Erfolge unsere Organisation in Bezug auf Mitgliederbestand erfahren hat. Da viel neue Tarife abgeschlossen wurden, kann man sich auch denken, was für Opfer unser Verband bringen mußte, was uns Kollege Sieben auch zahlungsmäßig vor Augen führte. (Lebhafter Beifall.) In der nun folgenden Diskussion beantwortete Sieben noch einige Fragen zu unserer vollsten Zufriedenheit. Im Punkte Gewerkschaftsgerichtsbarkeit wurde kritisiert, daß von sämtlichen Kollegen nur zwei das Wahlrecht hätten. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, am 13. Juli eine Parteiliche nach einem nahegelegenen Ausflugsort zu machen. Da alle bürgerlichen Parteien befreit sind, die Jugend zu organisieren, so muß es auch bei uns als eine der wichtigsten Aufgaben angesehen werden, unsere Jugend im sozialistischen Sinne zu erziehen.

**Hall.** Die am 22. Juni im Gasthaus zum Ochsen stattgefundenen Versammlung hat sich mit den Vorständen auf Platz Hermann Burrett beschäftigt. Es kam einstimmig der Antrag zur Annahme, die Sperrung über den Platz zu verhindern, da vor sechs Wochen fünf Mann entlassen wurden, in der Voraussetzung, nur auszuweichen; die Kollegen sollen aber überhaupt nicht wieder eingestellt werden. Ferner ist der Streik im Riedern bei Hall ebenfalls bestritten. Dort tut sich der Arbeiter Lager besonders schneidig hervor. Ein solches Verhalten lassen sich aber die Kollegen nicht mehr gefallen. Allerdings wäre es besser, wenn sich die Kollegen etwas mehr um den Verband kümmern würden. Ueberall geht es vorwärts, und so muß es auch hier in Zukunft besser werden.

**Rixberg (Sachsen).** Am 16. Juni tagte in Obercrinitz unsere erste Wanderversammlung im Gasthaus Grotzsch. Der Vorsitzende war Kollege Böhme, der Gauleiter Herrmann. In der ersten Sitzung des Verbandstages in München. In einer anschließenden Rede führte uns dieser die gestellten Beschlüsse klar vor Augen. Die Versammlung war mit dem Verlauf der Verhandlungen zufrieden und bedauerte, daß die Arbeitslosenversicherung nicht beschlossen wurde. Einige Kollegen äußerten den Wunsch, daß die radehenden Kollegen bei den Frisch-auf-Werken bestellen müßten, weil die Firma Stulenbrock ihre Arbeiter ausgespart hat. Kollege Ernst Dittsch wandte sich scharf gegen den Mißbrauch des Branntweins. Weiter wurde die nächste Versammlung für Hartmannsdorf festgelegt. Zu bedauern ist nur, daß viele Kollegen durch Abwesenheit blanzten. Allerdings ein Etat oder Doppellopp ist bequemer als wie das Besuchen einer Versammlung. Kränzig genug, wenn die Kollegen nicht mehr Ehrgeiz in der Sache haben.

**Kirchheim (Westphalen).** Im „Steinarbeiter“ Nr. 25 steht ein Artikel unter der Überschrift, welcher die Zahlstelle Kirchheim verdächtigt. Die Zahlstelle Kirchheim verwahrt sich in Zukunft gegen solche Anschuldigungen; wir wissen schon selbst, was wir zu tun und zu lassen haben, und brauchen uns nicht von den Heidingsfelder Kollegen, welche von der Sache nichts wissen, belehren zu lassen. Die Konsequenzen hat immer die Zahlstelle zu tragen, in der die Fälle passieren. Die Heidingsfelder Zahlstelle mag sich in Zukunft mehr um ihre Angelegenheiten kümmern. Wir sind es ja hier gewohnt, daß einige Heidingsfelder in unserer Zahlstelle gegen den Schulmeister spielen möchten. Wir haben keine Veranlassung, uns weiter in eine Polemik einzulassen. Bei uns gilt die Parole: **Neinwärts mit dem Verband!** Johann Baumann.

**Verband.** Am 16. Juni fand zu Oberode unsere Mitgliederversammlung statt. Hauptgegenstand waren es die Kollegen von Verband, die es nicht für wert hielten, die Versammlung zu besuchen. Am 1. Juli wurde von Kollegen Klein Bericht erstattet über die in letzter Zeit stattgefundenen Kartellierungen. Es wurde hier das eigenmächtige Handeln des Kartellvorstandes scharf gerügt. Ferner wurden die Verhältnisse in den Südhäuser Maschinenfabriken besprochen. Der Vorstand Jungfer erhielt für die Aeußerung: „Die Schuld ist zu klein.“ am Schluß der Woche seine Entlassung. Dagegen wurden in letzter Zeit noch mehrere Arbeiter entlassen. Dieses Verhalten zeigt so recht deutlich, wie man hier mit den Arbeitern umspringt. Es ist dringend nötig, daß sich die Kollegen einmütig aufraffen, um diese unwürdigen Zustände schnellstens beizubehalten zu helfen.

**Oberrhein.** Am Sonntag, den 8. Juni, fand unsere Monatsversammlung in der Gasthaus Quelle statt. Gauleiter Steininger sprach über Tarifverträge in der Steinindustrie. In seinen klaren Ausführungen verstand es der Redner, die Anwesenden zu fesseln. Gleichzeitig erstattete der Gauleiter den Bericht vom Verbandstage in recht ausführlicher Weise; besonders die gestellten Forderungen und gestellten Beschlüsse erläuterte. In der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen, daß dem Alkoholmißbrauch noch so viele Steinarbeiter hulbigen und ihre Familien Not leiden lassen. Diese Sorte von Kollegen ist hier leider nicht zu bewegen, dem Verbands beizutreten. Wir müssen hier abermals mit einer umfassenden Agitation einsehen, denn es gibt noch Leute genug, welche dem Verbands angehört werden müssen. Und wenn es anderweitig möglich ist, Erfolge erzielen zu können, so muß es auch hier gehen. Der Vorsitzende dankte zum Schluß noch dem Referenten für seine musterhaften Ausführungen.

**München.** Die Monatsversammlung vom 22. Juni ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben des Kollegen Max Bille in üblicher Weise. Da der Schriftführer abreiste, machte Kollege Franz Melhard wurde einstimmig gewählt. Dann erstattete Kollege F. A. H. einen ausführlichen Bericht vom Verbandstage. In der Diskussion hierüber gaben die Kollegen zu erkennen, daß sie mit den gestellten Beschlüssen nicht ganz einverstanden sind. Verschiedene Anfragen beantwortete der Delegierte in seinem Schlußwort. Der Vorsitzende ergänzte einige Ausführungen. Er wies auf die große Mitgliederzunahme im letzten Jahre hin und hofft, wenn es auch nicht noch Wunsch eines jeden

Kollegen gegangen, wir dennoch mit den Beschlüssen zufrieden sein können. Er bedauerte auch, daß Kollege Bille erkrankt sei. Er sprach ihm mit Zustimmung der Versammlung den Dank aus für seine Mühe, die er sich zur Abhaltung des Verbandstages gab. Ferner wurde beschlossen, zu der Frage des Verlebens der Steinindustrie durch die Würzburger Maurer in einer öffentlichen Steinarbeiterversammlung Stellung zu nehmen. Kommen schon sämtliche Steinarbeiten von auswärts, so bürgert sich in den letzten Jahren auch noch ein, daß die Alfordmänner der Baufirmen die Arbeit verlegen. Dazu kommen dann noch die Kollegen vom Maintal und besorgen die Nacharbeit. Sogar weit unter Tarif haben vier Kollegen der Firma Reipold gearbeitet. Sie haben den Weg zur Münchener Ortsverwaltung nicht gefunden, und obendrein machten sie noch fleißig Ueberstunden. Es geht also alles darauf aus, die Münchner Kollegen, die zum allergrößten Teil Familienväter sind, brotlos zu machen. Gegenwärtig sind circa 80 Baufirmen durch das Verfallen der eigenen Genossen und Kollegen außer Beruf gesetzt. Dann schenkt man noch dazu den 10-Pfg.-Hohenbeitrag für die Arbeitslosenversicherung und wartet vor Zugang nach dem Müßiggang. Von alters her setzt der Steinmetz die Arbeit in München selbst, und was anderswo üblich ist, geht uns hier nichts an. Auf einen aus der Schweiz zugereisten Arbeitswilligen namens Schwarzenbeck wird aufmerksam gemacht. Nach Aufforderung, für die öffentliche Versammlung zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Offenburg.** Unsere Versammlung am 9. Juni war ziemlich gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Klein. Beim Punkt Plakbericht gab es eine längere Debatte. Es wurde kritisiert, daß es in den Kunstgewerbebetrieben häufig vorkommt, daß Kollegen entlassen werden wegen Arbeitsmangel und nachher würden Ueberstunden gemacht. Die Versammlung war der Meinung, daß es den betreffenden Kollegen zur Pflicht gemacht wird, das Interesse der gesamten Kollegschaft besser zu wahren. Für eine Agitationsstour nach Zunsweier werden die Kollegen Armbruster, Serrmann und Wolfstädter bestimmt. Die nächste Versammlung findet am 23. Juni, vormittags 9 Uhr, in Sengenbach statt. In dieser Versammlung wird Kollege Wolfstädter den Bericht vom Münchener Verbandstage geben. Die Kollegen von Laß und Haslach sind ebenfalls zu dieser Versammlung eingeladen und erwarten wir, daß diese Versammlung gut besucht wird. Am Nachmittag ist gemeinschaftlicher Spaziergang in die Umgebung. Die Sengenbacher Kollegen werden Sorge tragen, daß es unsern auswärtigen Fremden gut gefallt.

**Sperneck.** Am 22. Juni tagte hier eine Steinarbeiterversammlung. Von circa 68 Kollegen waren netto 17 anwesend. Der Besuch unserer Versammlungen zeigt die Interessiertheit der hiesigen Kollegen. Man muß es als einen Standal bezeichnen, wenn die Kollegen die Wichtigkeit der Tagesordnung kennen, die Versammlung aber trotzdem nicht besuchen. In diesem Bericht müßten die säumigen Besucher der Steinarbeiterversammlungen darauf hingewiesen sein, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, in unsern Zusammenkünften vertreten zu sein. Wenn es dann zu einer Lohnbewegung kommt, dann führen die Versammlungsschwänzer immer das große Wort. Es ist traurig, was den Bestand unserer Zahlstelle betrifft. Hoffentlich wird es in Zukunft besser.

**Tilling.** Hier fand am 16. Juni eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Mittenmeier war erschienen und erstattete Bericht über die Verhandlungen des abgeschlossenen Bezirksartels. Mit scharfen Worten geißelte er das Verhalten der Vertreter des christlichen „Serrim“, pardon, Serram- und Steinarbeiterverbandes. Mit Entrüstung nahmen die Versammelten von dem schändlichen Gebaren dieser Christenmännchen Kenntnis. Es muß in Zukunft Sache der Kollegen sein, diesem Verbands den letzten Mann noch abzugewinnen. Mit Freunden kann konstatiert werden, daß auch endlich die Kollegen von Söberberg dem Verbands vor längerer Zeit beigetreten werden konnten. Im Punkt Verschiedenes wurde von Kollegen Bauer ein Antrag gestellt, welcher dahin ging, die Versammlung wolle eine Kommission wählen, welche es sich zur Aufgabe macht, im hiesigen Ortsgemeindeausschuss zu betreiben. Dieser Antrag fand Annahme. Ferner wurde ein Sparverein der Neuen Donau gegründet und zum Vertrauensmann wurde Grotzsch bestimmt. Es ist jetzt Sache der Kollegen, alles daran zu setzen, damit wir bei der nächsten Tarifverhandlung etwas anders dastehen wie bei der vergangenen. Mit einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Mittenmeier fand die imposante Versammlung ihr Ende.

**Benig-Neudorf.** Am 16. Juni fand in Präzibillas Gasthaus eine Mitgliederversammlung statt. In längerer ausführlicher Rede erstattete Kollege Richter-Bunzlau den Bericht vom Münchener Verbandstag. In der nun folgenden Debatte stellte es sich heraus, daß die Kollegen mit den Arbeiten des Verbandstages nicht recht zufrieden waren. Dem verlesenen wichtige Anträge wurden abgelehnt. Die Ausführungen des Vorsitzenden stießen über: „Unser Zukunft liegt auf dem Lande“ wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Wir haben im Frühjahr bei unserer Lohnbewegung nichts davon erfahren, obgleich die Sandsteinbrüche in Schlefien auch auf dem Lande liegen. Es ist zu bedauern, daß die verschiedenen Anträge keine bessere Berücksichtigung gefunden haben. Wir erklären uns mit der Gehaltserhöhung einverstanden, da die Lebenshaltung doch eine bedeutend höhere geworden ist, nur wünschen wir in Zukunft, daß der Zentralvorstand auch bei unsern Lohnbewegungen die Steigerung der Lebenshaltungskosten berücksichtigt. Ferner erstattete Kollege Barzisch als Kartelldelegierter Bericht von der Tätigkeit, sowie über die Abrechnung vom letzten Jahre. Es ist zu bedauern, daß der Anschlag von verschiedenen Gewerkschaften so flau ist bis jetzt. Weiter erstatteten die Delegierten von der letzten Versammlung in Bunsau Bericht. Es wurde beschlossen, daß der Tarif auf den Plänen verschiedenartig angelegt wird. Tarifkommissionen-Sitzungen abzuhalten, um eine gleichmäßige Bezahlung und Auslegung des Tarifs herbeizuführen. Von den Delegierten wurde weiter erwähnt, daß die Menge Districts-Krankenzuschußkasse lebensfähig ist; dieses hat sich bewiesen trotz der enormen Ansprüche, die an dieselbe bis jetzt gestellt worden sind. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt, gab der Vorsitzende bekannt, daß unser diesjähriges Districts-Commerzergebnis in Bunsau am 7. Juli stattfindet, und ermahnt die Kollegen sich zahlreich zu beteiligen.

**Bunzlau (Westermald).** Am 12. Juni fand hier im Gasthof eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in der Arbeitersekretär Gogowsky aus Siegen einen Vortrag über das Tarifwesen und seine Bedeutung für die Arbeiter hielt. Von den Anwesenden wurde den interessanten Ausführungen des Redners lebhafter Beifall gezollt. Die Kollegen erkennen die Notwendigkeit der Tarife vollständig an. Es muß uns daher ein Mißpönn sein, unermüdet zu arbeiten, um die fernstehenden Kollegen zur Organisation zu drängen. Beim Punkt Verschiedenes wurde Stellung genommen zu den Beschlüssen des Verbandstages und zwar wurde die Schaffung eines Verbandsbeitrags als sehr zweckmäßig anerkannt. Von den versammelten Mitgliedern wurde der Kollege Adam Hensel als Beirat in Vorschlag gebracht. Zum Schluß traten noch drei Kollegen dem Verbands bei. Es möge fernher den gesamten Kollegen vom Westermald zur Nachricht dienen, daß von jetzt ab durch den Arbeitersekretär Gogowsky jeden Mittwoch von 11 bis 1 Uhr in Herborn im Gasthof zur Sonne unentgeltlich Rechtschutz erteilt wird. Kögen die Kollegen davon ausgiebig Gebrauch machen.

## Behandlungen des Zentralvorstandes.

Zeitlich Beschlüsse der Münchener Generalversammlung vom Mai 1912 sollen die persönlichen Statistikkarten ab 1. Juli 1912 nicht mehr geführt werden. Es sind somit ab 1. Juli alle Bestimmungen ungültig, die zur Führung der Statistikkarten verpflichteten.

Die bisher noch im Umlauf befindlichen Statistikkarten sind mit der letzten Woche im Juni auszufüllen; die Zahlstellenverordnungen mögen diese, wie bisher üblich, Anfang Juli einmengen und am Orte aufbewahren, damit diese Karten gelegentlich noch Verwendung finden können.

Alle übrigen Änderungen des Statuts, die von der Generalversammlung getroffen wurden, treten am 1. Januar 1913 in Kraft.

## Christlicher Schwindel gerichtlich entlarvt.

Die Zentrums-Presse bekämpft unsere Bestrebungen in scharfer Form. Besonders in Bayern wird mit allen erdenklichen Mitteln gegen unsern Verband gemißt. In Blauberg (Oberpfalz) verfügen wir über eine gut funktionierende Zahlstelle, während die christliche Filiale weder leben noch sterben kann. Somit muß unser Stamm von Leuten moralisch totgemacht werden, und zwar durch Mißgunst und schamlose Verleumdung. — Das „Chamer Tageblatt“, welches gut zentrumsförmig gesinnt ist, hat folgende Schauer-geschichte in die Welt gesetzt. Wir zitieren wörtlich:

Mairdorf, 29. April. (Terroismus wie überall.) Ein im Granitwerk zu Blauberg beschäftigter Arbeiter machte sich bei seinen Kollegen, die der sogenannten (roten) Steinarbeitergewerkschaft angehörten, dadurch misliebzig, daß er seine Beiträge schon seit längerer Zeit nicht mehr bezahlte. Am letzten Sonntag nun saßen die Arbeiter des Werks in der Restauration zu Blauberg beisammen, unter ihnen auch der jetzt Unorganisierte. Es wurde fest gesetzt, man unterhielt sich aufs Gemüthliche und war während des ganzen Abends nichts von Streiterei oder sonstigen Zwistigkeiten zu hören. Doch es sollte noch anders kommen; denn als alle miteinander das Gastlokal verlassen hatten, wurde, wahrscheinlich auf vorherige Verabredung, der Unorganisierte zu Boden geworfen und ihm eine Tracht Prügel verabfolgt. Auch zwei Vorstandsmitglieder taten sich dabei rühmlichst hervor und spielten auch, natürlich wie immer, das Messer eine Rolle. Nur durch rasche Flucht konnte der Ueberfallene sich vor weiterer Unbill retten. Er wurde von den andern eine Strecke Weges verfolgt, konnte sich aber glücklicherweise infolge der Dunkelheit in den Wald flüchten.

Die katholische Bevölkerung war natürlich über die Handlungsweise der „roten“ Steinarbeiter sehr erodt und wir fügen hinzu, sie hätte ein Recht gehabt, sich zu entrüsten, wenn die Meldung des christlichen Blattes der Wahrheit entsprochen hätte.

Vor dem Amtsgericht Cham nun stellte sich die Meldung des „Chamer Tageblatts“ als ein ungeheurer Schwindel heraus. Genanntes Blatt leistete nun auch Abbitte und brachte unter dem 14. Juni folgende gerabezu sensationell wirkende Mitteilung:

Unter dem Titel: „Terroismus wie überall“ brachten wir in Nr. 97 unseres Blattes eine Notiz, wonach sich ein im Granitwerk zu Blauberg beschäftigter Arbeiter bei seinen Kollegen dadurch misliebzig gemacht hätte, daß er seine Beiträge schon längere Zeit nicht mehr an die sogenannte freie Gewerkschaft entrichtete. Weiter wurde berichtet, daß der betr. Arbeiter an einem Sonntag überfallen und wahrscheinlich auf Verabredung zu Boden geworfen wurde, daß sich dabei zwei Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaft rühmlichst hervorgetan hätten usw. Der Verlauf der heute im Amtsgeschicht Cham stattgefundenen Verhandlung war aber derart, daß unser Bericht über den Vorgang der Kauferei nicht aufrecht erhalten werden kann.

Im Gegenteil zeigte sich, daß eigentlich der Kläger auf die Anklagebank gehört hätte; es wurden denn auch zwei Angeklagte überhaupt von Schuld und Strafe freigesprochen, während der dritte wohl schuldig eines Vergehens der Körperverletzung, aber doch freigesprochen wurde. Von einer Ausübung eines Terroismus war aus dem Verlauf der Verhandlung nichts zu ersehen, was hiermit konstatiert sei.

Diese Erklärung bedeutet für das Zentrumblatt geradezu eine schallende Ohrfeige. Das Blatt muß eingestehen, daß eigentlich der Kläger auf die Anklagebank gehört hätte. Also, von den Anwürfen ist nicht das geringste übriggeblieben, aber das „Chamer Tageblatt“ hatte es Ende April doch fertig gebracht, die oberpfälzische Volksseele ins Kochen zu bringen. Nun, was sagt die „Keramikzeitung“ zu diesem schon geplanten schwarzen Verleumdungsflug gegen unsere Kollegen. Wir möchten nicht in der Haut desjenigen Individuums stehen, von dem die ganze Drogenmär ausging.

## Rundschau.

„Krieg oder Frieden im Baugewerbe 1913?“ Mit diesem Thema beschäftigte sich in einem Vortrage der Redakteur des Organes des Zentralverbandes der Zimmerer, Genosse Bringmann, in einer ganzen Reihe Verwaltungsgaststätten. Nachdem er die Schärferpolitik des Unternehmertums scharf geißelt hatte, fuhr er fort: „Der Kriegserreger ist der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit seinen Unternehmern, die geschlossen die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig bestimmen wollen.“ Dann wies er auf die Abneigung in Kollegentreifen gegen den Tarifvertrag hin, der er folgendermaßen entgegnete: „Das führt zu nichts. Das Rad der Zeit können wir nicht zurückdrehen, die Arbeitgeberorganisationen können wir nicht beiseite jagen. Wir müssen mit ihnen rechnen und durch den Tarifvertrag hindurch. Auf die Tarifierung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen können wir nicht verzichten. Ohne sie ist eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik kaum denkbar. Aber die Vertragsabsicht der Arbeitgeberverbände, die dahin geht, aus den Tarifverträgen ein Bollwerk gegen die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen, die Arbeiter und ihre Gewerkschaften vermittels der Tarifverträge in Fesseln zu schlagen, kann und muß niedergeworfen werden. Dieser Kampf ist zu einer Lebensnotwendigkeit geworden. Er hängt nicht von uns ab, wir sind nicht seine Urheber, aber wir können und diesem Kriege nicht entziehen, ohne in ein Stadium großer Verelendung zu geraten. Maßgebend für diesen Krieg ist der Arbeitgeberbund; solange er an seiner kulturell-wirtschaftlichen Vertragsabsicht festhält und sie betätigt, kann es im Baugewerbe keinen christlichen Frieden geben. Ist aber nach alledem der Krieg im Jahre 1913 mindestens nahezu gewiß, so liegt der Wunsch klar auf der Hand, zu erfahren, wie er zum guten Ende und zum Siege geführt werden kann. Mein barüber läßt sich noch nichts sagen. Jede Bedeutung und Diskussion darüber wäre Wasser auf die Mühlen unserer Feinde. Auch kommen dabei Faktoren in Betracht, die erst noch eingehend behandelt werden müßten, um sie zu werten, was wiederum nicht opportun wäre, und Umstände, die noch gar nicht zu übersehen sind, ebenso Möglichkeiten, die sich erst dann abzeichnen lassen, wenn sie in Erscheinung treten.“

Die Verhandlungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe nahmen dieses Mal fünf Tage in Anspruch. Von den 42 Verhandlungsgegenständen fanden nur 32 ihre Erledigung. Es ist bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß in einer Anzahl Ortsverbänden die Unternehmer wiederholt den Versuch unternahmen, mit ihren Arbeitern durch besondere Vereinbarungen bestimmte, durch den Vertrag festgesetzte Vertragsbedingungen abzuändern; wieder andere versuchten durch gewisse Manipulationen den Vertrag zu umgehen, um sich auf diese Weise vor Erfüllung der Vertragsbedingungen zu schützen. Das Zentralschiedsgericht hat durch eine grundsätzliche Entscheidung die Abdinglichkeit des Vertrages für unzulässig erklärt. Von Bedeutung ist eine Entscheidung, wonach die Inanspruchnahme des ordentlichen Gerichts gegen die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts dem Tarifvertrag widerspricht und daher unzulässig ist. Die nächste Sitzung wurde für den 9. Juli vereinbart. Diese Schiedsprüfung haben für die Arbeiter

Einen großen Vorteil, indem diese immer für das ganze Reich Gültigkeit haben.

**Kraus und den skandinavischen Steinbruchbesitzern.** In Kimito (Finland) wurden im Vorjahre von der Internationalen Granite Comp. (Sitz London und Hamburg) große Granitsteinbrüche, in welchem rohes Material gewonnen wird, eröffnet. Diese Gesellschaft glaubt aber beeinträchtigt zu sein, weil die schwedischen Unternehmer mit den deutschen Schleifereibesitzern wegen der Lieferung von Rohmaterialien bestimmte Verträge abgeschlossen haben. Die Ingo Granite Company gibt nun ein Flugblatt heraus, welches dem Steinbildhauer beigelegt ist, und in diesem werden die schwedischen Rohmateriallieferanten ziemlich heftig angegriffen. Den Schweden wird vorgeworfen, daß sie die Bestimmung, daß die Nichtmitglieder des Vereins deutscher Schleifereibesitzer das Rohmaterial um 25 Prozent teurer bezahllen müßten, nicht einhalten. — Wir müssen uns natürlich nicht in den Streit der Herren Rohmateriallieferanten, sondern konstatieren nur die Tatsache, daß den Schweden wie Finnländern sehr daran gelegen ist, nach Deutschland überhaupt liefern zu können.

**Mehr Propaganda für den Sandstein in der Eifel** wollen die Unternehmer in Zukunft unternehmen. Eine Versammlung der Steinbruchbesitzer fand zu diesem Zwecke am 18. Juni in Cordel (Rheinpreußen) statt. — Das Arrangement hat ein Herr Direktor Heinle übernommen.

**Tarife und „Christliche“ Gewerkschaften.** Sehr oft schon haben die führenden Herren Gewerkschafts-„Christen“ den freien Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, daß diese ihre „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftsinteressen höher stellen, als die Interessen der Arbeiter. Sie allein, die „christlichen“ Gewerkschaften, seien die wahren Vertreter der Arbeiterinteressen. Die Beweise dafür sind die großsprecherischen Herren bisher allerdings sowohl nach der einen als nach der andern Seite hin schuldig geblieben.

Jetzt aber hat das Organ der bedeutendsten „christlichen“ Gewerkschaft, der „Bergknappe“, in einem gegen den Buchdruckerverband gerichteten Artikel brutal und offen erklärt, daß ihm die „christlichen“ Organisationsinteressen höher stehen, als der Tarif der Buchdrucker. Das edle Blatt schreibt:

Entweder soll man den auf christlich-nationalem Boden stehenden Buchdruckergehilfen ihr Recht gewähren — oder der Teufel soll die jetzige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe holen!

Man weiß nicht, soll man sich entrüsten über die bodenlose Heuchelei und Gewissenlosigkeit, die sich in diesen Worten offenbart oder soll man lachen über die entsetzliche Aufgeblasenheit dieser qualenden Froschgesellschaft!

Zum Verständnis unserer nicht eingeweihten Leser sei hier bemerkt, daß die gesamte „christliche“ Gewerkschaftspresse im Bunde mit der Zentrums-Presse seit einigen Jahren einen wütenden Krieg führt gegen den Buchdruckerverband, weil dieser Schuld haben soll, daß der seit eben derselben Zeit zu den „Christen“ übergetretene „Gutenbergsbund“ in den Tarifinstitutionen nicht die Verdrängung findet, die dieser glaubt beanspruchen zu müssen. Dabei vergegenwärtigt man sich, daß der Gutenbergsbund ungefähr 3000 Mitglieder zählt und der Buchdruckerverband 65 000. Vor allem aber vergegenwärtigt man sich die Tatsache, daß weder der Gutenbergsbund noch die „christlichen“ Gewerkschaften alleamt wie sie da sind, auch nur den geringsten Anteil daran haben, daß heute im Buchdruckgewerbe eine Tarifgemeinschaft besteht, die in allen sozialpolitisch ernsten Kreisen als höchste soziale Errungenschaft auf gewerblichem Gebiete gepriesen wird. Und daß weiter, wenn es sich darum handelt, den Tarif gegen Angriffe von außen zu schützen, auch heute noch die „Christen“ absolut bedeutungslos sind, während der Buchdruckerverband ganz allein es war, der schwere Kämpfe geführt und Millionen geopfert hat, um das große Tarifwerk zustande zu bringen. Hält man sich diese Tatsachen vor Augen, dann vermannt man erst ganz die ungeheure Gewissenlosigkeit und fittliche Verwahrlosung zu erkennen: „Wenn man uns „Christen“ nicht das gewährt, was wir beanspruchen, dann mag den ganzen Tarif der Teufel holen!“ Sein Glück nur, daß diese Gesellschaft ebenso ohnmächtig ist, wie sie aufgeblasen ist. Aber als ein Beweis dafür, wessen diese Sorte „Christen“ im Interesse lebendig ihrer zweifelhaften Organisation fähig ist, bleibt die Aeußerung des „christlichen“ „Bergknappen“ bestehen.

**Christlicher Terrorismus.** Anlässlich eines unbedeutenden Wortwechsels, wie er sich täglich in Betrieben bemerkbar macht, schlug das „christlich-organisierte“ Mitglied des Metallarbeiterverbandes Hand in einem Kollegen vom deutschen Metallarbeiterverband mit einem Stück glühenden Eisens ins Gesicht. Der Geschlagene trug schwere Verletzungen davon, die ihn auf längere Zeit erwerbsunfähig machten. Der Täter ist der Betrieb der Firma Bocke u. Comp. in Düsseldorf. Ob sich die Zentrums-Presse von diesem Fall etwas annehmen wird?

#### Streiks und Ausperrungen.

Das Kaiserliche Statistische Amt berichtet in den Vierteljahrsheften über Streiks und Ausperrungen im 1. Quartal 1912. Da die Zusammenstellung des Statistischen Amtes auf den eingeleiteten Polizeiberichten beruht, ist natürlich Vorzicht bei der Verwendung der mitgeteilten Zahlen geboten. Wir geben zur Information aus dem Material die folgende Uebersicht (die Vergleichszahlen aus dem Vorjahre in Klammern): Begonnene Streiks 317 (365), beendete Streiks 420 (409). An den Streiks waren 978 (1399) Betriebe mit 125 352 (86 988) darin beschäftigten Personen beteiligt. Von den beendeten Streiks hatten vollen Erfolg: 75 (77), teilweisen Erfolg 179 (162), keinen Erfolg 166 (169). Danach übertrat das diesjährige Erfolgsresultat das vorjährige. 51 (13) neue Ausperrungen wurden angeordnet, 139 (21) Ausperrungen beendet. Hierbei kamen 548 (476) Betriebe mit 48 487 (21 758) Beschäftigten in Betracht. Angeblich war der Ausgang folgender: voller Erfolg 71 (8), teilweiser Erfolg 66 (12), kein Erfolg 3 (1). Die diesjährigen Ausperrungen waren, was die Zahl der erfassten Betriebe und der beschäftigten Arbeiter anlangt, weniger bedeutend als wie die vorjährigen. Die beendeten 2566 Streiks hatten 10 640 Betriebe mit 594 680 beschäftigten Personen betroffen. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 217 809. Von den Streikenden waren 42-190 Kontraktbrüchig.

Die Forderungen der Streikenden waren, in Fällen: Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne 129, Erhöhung der Löhne 1753, Bezahlung von Ueberstunden 281, Entlohnung von Nebenarbeit 115, sonstige Lohnforderungen 271, Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit 18, Verkürzung derselben 657, Abschaffung bzw. Einschränkung der Ueberstundenarbeit 22, früherer Arbeitsbeginn am Sonnabenden 98, Nichterfüllung von Ueberstunden 3, Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit 11, sonstige Forderungen 94. In einer erheblich großen Zahl von Fällen mußten demnach die Arbeiter zur Waffe des Streiks greifen, um eine Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse abzuwehren. Das Ergebnis der Streiks war in 688 Fällen Erhöhung der Löhne, in 21 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit, in 289 Fällen beides zusammen; 883 Streiks endeten ohne Erfolg. Die Beendigung des Streiks wurde in 989 Fällen durch Verhandlungen zwischen den Parteien, in 99 Fällen durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht und in 1001 Fällen durch Vermittlung von Berufsvereinen oder dritter Personen herbeigeführt. Die Verhandlungen erfolgten in 1527 Fällen auf Antrag der Arbeiter, in 693 Fällen auf Antrag der Unternehmer.

Von 232 beendeten Ausperrungen waren 1933 Betriebe mit 300 593 Beschäftigten, darunter 44 054 noch nicht 21 Jahre alte Personen betroffen worden. Die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten betrug 138 354. Mit den Ausperrungen machten sich die Unternehmer 950 Personen gegenüber vertragsbrüchig. Neben 13 negativen Resultaten der Ausperrungen werden angegeben: 73 volle und 146 teilweise Erfolge. Die Beendigung erfolgte in 109 Fällen durch Verhandlungen zwischen den Parteien, in 19 Fällen durch solche vor dem Gewerbegericht und in 102 Fällen unter Vermittlung von Berufsvereinen oder direkten Personen. Die Antragsteller waren in 141 Fällen Arbeiter, in 78 Fällen Unternehmer.

135 Ausperrungen waren auf Veranlassung oder Mitwirkung dritter Personen oder von Berufsvereinen erfolgt, in 18 Fällen „insbesondere“ durch Übergabe von Geldbeträgen. Den Ausperrungen entsprangen 49 polizeiliche Eingriffe und 46 staatsanwaltschaftliche Aktionen.

Die Statistik wäre außerordentlich bereichert worden, wenn sie erkennen ließe, daß bei den Eingriffen der Staatsmacht das Kapital stets begünstigt, die Arbeiterschaft immer benachteiligt worden ist.

#### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 17. bis mit 22. Juni 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Rienburg, B. 2.— Altenburg, B. 7.50. Baren, B. 3.— Stargard, B. 3.— Hungen, B. 3.50. Neufals, B. 12.10. W.-Eichenbach, B. 2.40. Amberg, 3.— Jehnig, B. 3.90. Hohenzalza, B. 5.— Baumholder, B. 12.50. Jannowitz, Ins. 2.40. Lausnitz, Ins. 2.80. Zinhain, B. 120.— E. 1.50. Mayen, B. 272.— Fahr, B. 60.— K. 10.— Rembach, B. 33.80, K. 6.— Häslich, B. 504.— Frankfurt a. M., B. 300.— Ebersbach (Sa.), B. 78.— Cramwinkel, B. 100.— Wernburg, B. 110.— E. 0.50. Brudmühl, B. 10.— M. 1.25. Baugen, B. 105.— E. 6.— Eigershausen, B. 20.— Hannover, B. 399.— Rineburg, B. 87.08, E. 3.— K. 3.90, M. 1.— Offenbach, B. 129.50, E. 5.— K. 10.— Dresden, Ins. 2.80. Tilsit, B. 1.70. Berlinchen, B. 2.— Eisleben, B. 3.30. Kallberge, B. 7.50. Odershausen, B. 2.90. Selb, B. 168.— K. 7.— Schmalfalden, B. 65.— Schwarzengbach, B. 454.— Ludwigshafen, K. 4.50. Häslich (Sa.), B. 589.— E. 6.50, K. 10.— M. 0.40. Emmendingen, B. 100.— K. 20.— Bremen, B. 200.— Koburg, B. 27.43, E. 0.50. Ludwigshafen, B. 75.— E. 2.50. Unsen, B. 172.20, K. 27.90. Eberswalde, B. 5.40. Torgan, B. 12.— München, Ins. 4.80. Taucha, B. 7.10. Stettin, B. 143.50. Hafferode, B. 284.— K. 10.— Grefees, B. 301.— K. 11.— Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

#### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Kirchheim.** Die Steinmehlen Thorn und Rottmann möchten der Zahlstelle gegenüber sofort ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Ortsverwaltung.

**Mühlhausen (Elb.).** Ich ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Wilhelm Bürgermeister aus Schwäbisch-Hall zukommen zu lassen. Ich habe demselben Bürgerschaft für einen Anzug geleistet und konnte ihn aber auch bezahlen. Er hat sich in kollegialer Weise recht nobel gezeigt. Ernst Raft, Uffholzer Straße 39.

## BEERBE Anzeigen BEERBE

### Berlin.

Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr  
**Marmorarbeiter-Versammlung**

im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelfufer 15.  
Tagesordnung: **Wie stellen sich die Marmorarbeiter zur Einführung eines partii., obligatorischen Arbeitsnachweises. Kein Marmorarbeiter darf fehlen!**

Freitag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr  
**Kombinierte Versammlung**

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 55/56.  
Tagesordnung: 1. Kasfenbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht der Delegierten vom Verbandstage; Diskussion. 3. Bericht über den dieser Versammlung müssen die Kollegen aller Branchen vertreten sein. Noch nicht abgegebene Statistikkarten sind mitzubringen. Um pünktliches Erscheinen der Kollegen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

Ich verlende auch allen Orten:  
1a Steinmetzhobelstahl pro 1 kg 1 M., bei 25 kg 80 Pfg  
Steinmetzbleistifte mit  $\ominus$  Hartblei, pro Groß 2 M.  
Steinmetzbleistifte (echte Rehdach) mit  $\square$  Hartblei, pro Groß 2.25 M., bei 10 Groß 2.10 M.  
Steinmetzbleistifte 40 cm lang mit extra Hartblei, pro Groß 7.50 M., bei 5 Groß 7 M.  
1a Steinmetzbesen von Kolos, pro Duzend 4.50 M.  
1a Buchsbaum-Massstäbe mit 6 Gliedern und extra tiefen Rufen, pro Duzend 4.50 M.  
Walter Kluth, vorm. Otto Bernhardt  
Dresden, Blumenstrasse 19.

Neuheit für Steinmetzen!  
**Stockhammer**  
mit auswechselbaren Zahnflächen  
Marke „Simplon“.  
Prospekte gratis.  
Albert Baumann, Aue (Erzgeb. 12)  
Härtewerk und Werkzeugfabrik.



**Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte**  
**Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine**  
**Werkzeuge und Werkzeugstahl**  
empfiehlt zu billigen Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.  
Preisliste gratis und franko.  
**Tüchtige Steinmehlen**  
auf Sandstein finden sofort dauernde Beschäftigung.  
**A. Lüdecke & Sohn, Bremke bei Göttingen.**  
**Tüchtigen Werkzeugschmied**  
suchen sofort Steinwerke S. Krebs, Weida.

**Adressen-Änderungen.**  
Saalburg. Vorf.: Friedr. Päh, Saaldorf bei Lobenstein.  
Besshofen bei Hagen (Westfalen). Vorf.: Wilhelm Wagner.  
Kaff.: Heinrich Wemhoff, Nieder Straße 15.  
Wiesbaden. Vorf.: Heinrich Mehl, Platterstraße 30, I.

**Briefkasten.**  
L. in Rottwerndorf. In der Reichsversicherungsordnung regelt die §§ 1269 bis 1274 die rechtlichen Beziehungen betr. der Uebernahme eines Heilverfahrens. § 1269 der R.-V.-O. lautet: „Um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden, kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten.“ Daß ein Antragsteller eine bestimmte Mindestzahl von Quittungskarten aufweisen muß, um in eine Heilanstalt zu kommen, ist nicht nötig. — G. Einfach ungenießbar. Es muß auch solche Lüge geben. — M. Das hieße Eulen nach Athen tragen. Bei so geschickten Leuten unternehmen wir eine weitere Aufklärung nicht. — Du. Wir unternehmen in dieser Hinsicht nichts mehr. Für dieses Mal ist ein Erfolg nicht mehr zu erreichen. — J. in L. Die Bau- und Steinmehlschule Zerbst (Inhalt) ist sehr empfehlenswert. Lasse Dir sofort Privatunterricht in der Mathematik erteilen, denn in diesem Fache kommt man mit dem Selbstunterricht nicht weit. Das Schulgeld beträgt für ein Semester (sechs Monate) 100 M. — St. Lassen wir doch die Kerle laufen. — R. Eine Meldung an die Amtshauptmannschaft Grimma wird vielleicht die nötige Wirkung haben. — L. G. in A. Ist mir sehr lieb, wenn die Sache recht gründlich gemacht wird. Besten Gruß! — A. Solche Uebertreibungen imponieren hier nicht. — 145. Erscheint uns als aussichtslos. — S. in N. Da sind wir eine Verpflichtung eingegangen, die uns zu halten sehr schwer fällt. Aber bitte Geduld. Besten Gruß! — M. in St. Wie ist denn eigentlich die Bewegung verlaufen? Nur immer recht umständlich in der Berichtserstattung.

Die Quartalsabrechnungsformulare wurden mit der Nr. 25 des „Steinarbeiter“ versandt. Sollte eine Zahlstelle aus Versehen das Formular nicht erhalten haben, so ist sofort nach dem Hauptbureau zu berichten. Weiter bitten wir dringend, daß die Abrechnungen nach Quartalschluß sofort eingeleitet werden, längstens aber bis zum 15. Juli. — Die Kassierer werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend, den 29. Juni, der 26. Wochenbeitrag fällig ist.

#### Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

### Schürzen

Gausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Zudecken, Leder- und Quaststoffsosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung**  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

**Tüchtige Steinbrecher und Steinmehlen**  
(auf Sandstein) stellt ein  
Karl Jakobi in Brachwede (Westfalen).  
Vorherige Anmeldung daselbst.

**Tüchtige Steinbrecher und Bossierer**  
für dauernde Arbeit stellt ein  
Willy Stein, Steinbruchbesitzer, Lommatzsch.

**Bruchmeister.**  
Für unser Werk in Großsteinberg suchen wir einen erfahrenen Bruchmeister. Es wollen sich nur solche Herren melden, welche wirklich etwas vom Steinbruchbetrieb verstehen. Offerten an Vetterlein & Co., Leipzig, Thomasing 14.

### Pflastersteinarbeiter.

3 tüchtige Pflasterstein-Bossierer  
2 tüchtige Vorspalter für Steinspalmaschinen  
2 perfekte Maschinenarbeiter  
für Herstellung von Steinpflaster- und Mosaitsteinen werden sofort aufgenommen im Steinwerk Schwaden. Zu meld. bei  
Brüder Ferdinand u. Josef Stolle  
Pflaster und Straßenbau, Aussig.

**Jüngerer Steinmeh**  
welcher in allen Arbeiten bewandert ist, sofort-oder später bei gutem Lohn gesucht. Winterarbeit vorhanden.  
Paul Schlauch, Steinmehmeister, Reudsburg.

**Tüchtige Granitsteinmehlen und Steinbrecher**  
für dauernde Bauarbeit können sofort eintreten.  
Karl Paeschke, Werkstein-Industrie, G. m. b. H.  
Jannowitz (Riesengebirge).

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)  
In Alt-Barthau II der Kollege Friedrich Summa, 40 Jahre alt, an Lungenerkrankung.  
In Bamberg am 18. Juni der Kollege Andreas Drecher, 38 Jahre alt, an Keilkopfschwundstich.  
In Freiz am 7. Juni der Kollege Paul Stodmann, 43 Jahre alt, an der Brustkrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!  
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Wer ist ein Streikbrecher?

„Eine müßige Frage!“ So denkt gewiß jeder Gewerkschaftler. „Selbstverständlich weiß jeder, wer und was ein Streikbrecher ist!“ — Gemach, nur keine Ueberhebung. Man erlebt ja so oft, daß anscheinend einfache und selbstverständliche Dinge falsch beurteilt werden. Wenn Ärzte nach Jahren entdecken, daß eine vermeintliche „Sie“ ein „Er“ sei oder umgekehrt, warum sollte da ein sozialer Allerweltsdokter nicht finden können: ein Streikbrecher ist eigentlich gar keiner! Und ein solcher Pfadfinder ist uns in dem Hansabund erstanden. Geheimrat Rieker, der Wundermann, der die Agrardemagogie vernichtet, den Sozialismus tötet, den Ultramontanismus erwürgt, unter der stolzen wehenden Flagge der goldenen Internationale das Heil der Welt verkündet, hat in dem Generaldirektor Dr. Waldschmidt einen gewaltigen Konkurrenten gefunden. Ein neuer Columbus, der die tiefgründige Antwort auf die angeschnittene Frage gab. In einer Ausschüttung des Hansabundes am 18. Juni gab er seine grandiose Antwort zum besten. Nach übereinstimmenden Berichten entsprangen seinem Munde folgende Gedanken, die er bei der Besprechung der allerneuesten Richtlinien des Hansabundes zutage förderte:

... Den Grundsatz der Gewerbe- und Koalitionsfreiheit halten wir hoch. Aber ebenso verlangen wir, daß Willens- und Aktionsfreiheit geachtet wird. Es ist geradezu ein Unfug, der heute mit dem Worte „Streikbrecher“ getrieben wird. Streikbrecher ist nur der, der sich von vornherein zur Niederlegung der Arbeit verpflichtet hat und dies Versprechen nicht hält, keineswegs aber der, der aus gewichtigen Gründen von vornherein erklärt hat, daß er nicht mitmacht. . . .

Schäferer Beifall belohnte den Redner für seine jedes Spießer-geheimt umhänglichen Stimmungen bekrenzende, genial einfache Interpretation. Wie geradezu handhaben vernünftige sie sich ausnimmt, wie, so unumstößlich wahr! Die ausgelochtesten Scharfmacher werden ihr die Anerkennung nicht verlagern, daß die Klarheit der Begriffsbestimmung und die Treffsicherheit der Erläuterung, was Streikbruch sei, unübertrefflich sei. Diese Tatsache hebt die Bedeutung der Tat in die rechte Beleuchtung. Daß ein Arbeiter aus Furcht vor Unternehmerterror, aus Angst vor der ihm und seinen Angehörigen drohenden Hungerpeitsche, „freiwillig“ auf die Teilnahme an einem Streik verzichtet, das stört die das unbedingte Recht der Selbstbestimmung postulierenden Strategen des Hansabundes natürlich nicht. Vor dem Unternehmerterror macht der streikbare, freiheitstrunkene Hansabund ehrfürchtig Halt. Und den nicht auf der geistigen Höhe eines Börsenhausens wandelnden Arbeiter kommen noch andre Gedanken. Sie hören von dem Grundsatz der unbedingten Freiheit der Arbeit und denken an die schwarzen Listen, jeden Arbeiter und Unternehmer an freiwilliger Arbeit hindern zu dürfen. Ja, es gibt Unfug! Man treibt sie mit der heuchlerischen Phrase von der „Freiheit der Arbeit“, von der „Freiheit der Selbstbestimmung“. Ungeklärt zwingt das ballierte Unternehmertum Mitglieder und Nichtmitglieder, mißliebige Arbeiter zu entlassen oder nicht einzustellen. Man fragt nicht danach, ob einzelne Unternehmer mit der Fiktur der Konventionen usw. einverstanden sind oder nicht. Wer sich nicht fügt, wird gesperrt. Die Entziehung von Material zwingt manchen unter verhasst Despotie. Welcher Unternehmer ist noch frei in seinen Entschlüssen? Wer kann ganz nach Belieben ohne sich Einwirkungen von seinen Berufsgenossen gefallen lassen zu müssen, die Regeln und Arbeitsverhältnisse, ferner seine Verkaufsbedingungen regeln? Niemand! Ja, manchem Unternehmer ist es sogar verwehrt, sich mit seinen Arbeitern friedlich zu verständigen, wenn Wünsche, Forderungen, Meinungsverschiedenheiten ausstehen. Schwere Geldstrafen, den „Terroristen“ durch gewissen hinterlegte Wechsel gesichert, treffen sie für jedes Mißachten des Willens der andern. Gegen solche Unterbindung der Selbstbestimmung, gegen solche Negation der Freiheit der Arbeit erhebt sich bei den Hültern der Freiheit der — Streikbrecher kein Protest! Kein Schrei der Entrüstung gibt Kunde von der Verletzung ihres Moralempfindens! Dieser funktioniert, genau wie die Rechtsprechung, niemals gegen das Klasseninteresse der Ausbeuter der Arbeitkraft.

Die ein Blicklicht beleuchtet die Hansabundserklärung den Klassen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Man konstruiert eine doppelte Moral! Zwang, von den Unternehmern ausgeht, als Mittel der Profiticherung und Profitsteigerung, ist stillschweigend erlaubt, verstößt nicht gegen Ordnung und Recht. Dagegen ist dieses Recht, diese Ordnung, diese Moral verletzt, wenn Arbeiter selbst nur durch moralische Einwirkung eine Befreiung ihrer auf Befriedigung des nackten Lebens gerichteten Interessen zu verhindern versuchen.

Der Hansabund rechtfertigt die große soziale Sünde des Streikbruchs, wenn sie „freiwillig“ geübt wird! Wahrscheinlich, eine prächtige Moral! Das geht beinahe noch über die Christenlogik und die Argumentation des Scharfmacherischen Herrenmenschtums! Banditen, Straßenräuber und Mörder werden sicher nicht erzwungen, aus dem Moralcode der Hansabundler geeignete Schlussfolgerungen zu ziehen.

## Der Kampf um die neuen Friedhofsordnungen.

Zwei Jahre fast tobt nun der Kampf um die Bestimmungen der neuen Friedhofsordnung in einzelnen Großstädten, über die Verwendung rein weißen Marmors, sowie schwarzer und polierter Gesteine zu Grabdenkmalszwecken. Um sich ein klares Bild über die Ursachen zu diesem Streite machen zu können, müssen wir schon etwas weiter zurückgreifen.

Mit der Anlegung eines Waldfriedhofes vor ungefähr fünf Jahren hat sich München als Bahnbrecher auf dem Gebiete der modernen Grabmalindustrie betätigt. Eine Bewegung war entstanden, den Ruhestätten unserer Toten (wohlgerneht der besthenden Klassen) fernab vom lärmenden Weltgetriebe, in natürlicher Waldumgebung eine ästhetisch künstlerisch erhabenen Charakter zu geben.

Das Vorbild Münchens wirkte auch auf andere Großstädte. Aber nicht überall gestatteten die Verhältnisse die Anlegung solcher Waldfriedhöfe. Und da gingen nun eine Reihe von Stadtverwaltungen dazu über, im Rahmen der schon bestehenden Anlagen neue, künstlerische Motive zu schaffen. Unterstützt wurden sie dabei aus namhaften Künstler- und Architektenkreisen. Selbstverständlich riefen diese Bestrebungen, die doch angeblich in erster Linie auf Erziehung und Pflege eines höheren Kunstsinnes beim Publikum abzielten, in den Kreisen der sich hierdurch bedroht fühlenden Grabmalindustrie einen lebhaften Widerspruch hervor. Da uns schon verschiedentlich von einzelnen Unternehmern der Grabmalbranche nahegelegt wurde, auch von seiten unseres Verbandes dagegen Stellung zu nehmen, so wird es nicht ohne Interesse sein, wenn ich nachstehend versuche, von unserem Standpunkt aus einige Schlaglichter hierauf zu werfen.

Unstreitbar ist, daß die banale Massenfabrikation von sogenannten Grabmalen der letzten Jahrzehnte eine Form angenommen hatte, die naturgemäß eine Gegenbewegung schaffen mußte. Und so wäre das Bestreben der Künstler und Architekten im Verein mit den Friedhofsverwaltungen durchaus zu billigen und anzuerkennen; wenn sie sich nicht durch die auffällige Klame für den Mischelkalk in Verdacht gebracht hätten, einseitigen, großkapitalistischen Interessen zu dienen.

Aber das, was uns z. B. in Frankfurt a. Main in Gestalt eines Mischelkalks vorgeführt wurde, zeigte sehr bald, daß auf diesem Wege sehr wenig erreicht werden kann; das Publikum wehrt sich abnehmend. Eine immerhin bemerkenswerte Tatsache möchte ich aber besonders hervorheben. Aus den im vorhergehenden Wettbewerb hervorgegangenen Entwürfen zeigte sich die augenscheinliche Günstigkeit der beteiligten Kreise, irgend etwas (speziell in Bezug auf Reihengräber) dem Publikum Ansprechendes zu schaffen. Doch auch viele in den letzten Jahren auf hiesigen Friedhöfen aufgetauchte Familiengrabdenkmäler zeigen gerade nicht für eine, mit solchem Tamtam in Szene gesetzte, künstlerische Reorganisation. Eine rühmliche Ausnahme machen allerdings verschiedene Entwürfe namhafter Künstler.

An eine individuell-ästhetische Gestaltung unserer Reihengräber und Grabfelder ist wohl meines Erachtens im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nicht gut zu denken. Dieses Problem wird wahrscheinlich nur dann gelöst werden können, wenn wir in den Großstädten die obligatorische Feuerbestattung eingeführt haben. Ebenjowenig glaube ich an einen Erfolg in dem Bestreben, den natürlichen Kunstsinne des Volkes zu heben und auszubauen — in unserer heutigen, großkapitalistisch verfaulenden Welt- und Gesellschaftsordnung.

Wenn nun unsere Grabmalgeschäfte sich darauf berufen, daß das Publikum diese, im letzten Jahrzehnt zur allgemeinen Verbreitung gelangenden Massenzeugnisse wünschle, so ist das einseitig ein Beweis, daß sich das frühere Kunsthandwerk unter dem Einfluß des Kapitals zum reinen Handelsgeschäft entwickelt hat. Es ist natürlich mißlicher (und nebenbei bemerkt auch löhrender), polierte Eisenröhren, profane Pyramiden, Felsen u. dgl. abzuleben, als selbst ein eigenes Produkt kunstgewerblichen Fleißes herzustellen. Und es ist wiederum bezeichnend (und für die sogenannten Mittelstandskretter beachtenswert), daß gerade diese Kreise sich über den Niedergang des ehemaligen Kunsthandwerks (durch die Einführung dieser Massenartikel) nicht so entrüsteten, als jetzt durch die drohende Beschränkung ihrer, daraus resultierenden kaufmännischen Tätigkeit.

In Betracht zu ziehen ist hierbei noch der Umstand, daß es sich bei den großen Granitwerken auch um die maschinelle Einrichtung handelt. Bei einer Weiterentwicklung dieser modernen Kunstfertigung (und daran ist nicht zu zweifeln) wird ein großer Teil Maschinen überflüssig. Die Handarbeit kommt wieder mehr zur Geltung. Und damit sind wir auch an der Hauptsache angelangt, nämlich zu untersuchen, ob wir durch eine Aenderung der bestehenden Produktionsweise als Arbeiter oder als Organisation geschäftig würden.

Wenn der Granit in seiner verschiedenartigen Bearbeitung (unpoliert) mit Marmor, Muschelkalk oder Sandstein in freier Konkurrenz sich messen und (was man eigentlich mit einiger Sicherheit voraussetzen möchte) behaupten wird, so könnte von einer Schädigung der Granitarbeiter wohl nicht gesprochen werden. Es wäre höchstens eine Verschiebung, denn es würden mehr Steinmetzen beschäftigt werden auf Kosten der Maschinenarbeiter. Doch glaube ich auch nicht an eine Verdrängung der Maschinenarbeiter, weil für sie ein Ersatz in der vermehrten Arbeitsgelegenheit als Handarbeiter angenommen werden dürfte. Andererseits wird es bei der Granitindustrie unzweifelhaft gelingen, neue Absatzgebiete für polierte Waren aufzufinden, um das Kapital, das in den Maschinen steckt, nicht brach liegen zu lassen.

Und wenn wirklich einige Kollegen auf der Strecke bleiben und in anderer Weise ihren Lebensunterhalt suchen müßten, so würden wir das bedauern, könnten uns aber gerade so wenig der Entwicklung entgegenstemmen, wie bei der Verdrängung des Sandsteines in den letzten Jahren durch Beton, Granit und andere Hartgesteine. Tausende Sandsteinmetzen mußten und müssen noch heute andere Erwerbssquellen suchen, um sich und ihre Familien durchzuschlagen.

Allerdings gegen eine so einseitige Propagierung irgend eines Materials, wie dies bisher mit dem Muschelkalk geschah, werden wir, ohne irgend einer Branche unseres Verbandes zu nahe treten zu wollen, mit allen Kräften protestieren müssen. Und der Verbacht, dem man in den Kreisen der Grabsteinproduzenten begegnet, daß diese ganze Kunstbewegung im Interesse der Muschelkalk-industriellen liege, quasi von dieser Seite inspiriert sei, läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen nicht so ohne weiteres von der Hand weisen.

Es ist der Granitindustrie gegeben, die Scharten, die der schablonenhaften Massenfabrikation geschlagen werden, durch mehr architektonisch und künstlerisch einwandfreie Entwürfe und Zusammenschaltungen auszuweichen. Und ihr müssen wir es auch überlassen, im freien Wettbewerb die drohende Reduktion in der Grabmalbranche abzumehren.

Doch nicht allein die Granitarbeiter müssen dieser Entwicklung ihren Tribut zollen, sondern auch die Marmorarbeiter haben dies in den Grabsteingeschäften bis jetzt schon getan. So ist beispielsweise in einem hiesigen Geschäft, das vorher neben dem polierten Granit fast ausschließlich Marmor verarbeitete, durch die Einführung des Muschelkalkes die händliche Arbeiterkraft um durchschnittlich drei Kollegen reduziert worden. Bei einer Gesamtzahl von ungefähr zwanzig in Betracht kommenden Kollegen ist das immerhin bemerkenswert. Daraufhinweisen möchte ich aber, daß dieses Geschäft von der hiesigen Friedhofsverwaltung nicht berührt wird (sein Absatzgebiet ist der israelitische Friedhof) und daß somit der Marmor im freien Wettbewerb dem Muschelkalk weichen mußte.

## Es graut ihnen vor den Geißern, die sie riefen.

Den schwarzen Streikbrecherhüpfelchen ist es nicht sehr angenehm, daß die Scharfmacherblätter vom Schlage der „Rheinisch-Westfälischen“ und der „Post“ mit gutem Recht die Schwarzgelben als Krangelassen für ihre Wünsche nach einem Zuchthausgesetz aufmarschieren lassen. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ schreibt deshalb in ihrer Nummer vom 22. Juni:

„Im Gegenteil! Die christlichen Gewerkschaften . . . stehen samt und sonders auf dem Boden der Forderung, daß ein verstärkter (!) Schutz der Arbeitswilligen unerlässlich ist.“ So läßt sich eine Stimme „aus industriellen Kreisen“ in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Nr. 664, vernehmen. Bekanntlich sind die christlichen Gewerkschaften ganz im Gegenteil der Ansicht, daß die bestehenden Gesetze für die Arbeitswilligen vollakt genügen. Und zwar hat ihrer Meinung nach gerade der letzte Ruhrbergarbeiterstreik — der in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ der Begründung für ein Arbeitswilligengesetz dienen soll — diese Ansicht bekräftigt. Auch wir meinen mit dem Herrn aus „industriellen Kreisen“: „Die wegen Streikvergehens verfügte Strafen reden eine überaus ernste Sprache, aber nicht, wie er glaubt, für ein

## Die Bramburg, der mächtigste Basaltkegel der Provinz Hannover.

Stolz und erhaben erhebt sich dieser mächtige Basaltkegel unweit dem Flecken Avelshausen im Kreise Hildesheim. Von herrlichen alten Bäumen bis zum Fuße des Kegels bewachsen. Malerisch die umliegenden Ortschaften. Unternehmern wir einmal von Avelshausen aus einen Ausflug nach der Bramburg. Durch herrliche Täler führt der Weg bergauf und wir sind nach einstündigem Marsche in dem der Firma S. Wegener, Hannover, gehörigen großen Basaltbruch. Dies ist ein neues, großartig vier Etagen angelegtes Werk. Gleich am Eingang reißt sich Bude an Bude, in welchen die Steinrichter (hier Kipperer genannt) die von den Spalern im Bruche zugeführten Steine zu verschiedenen Sorten Pflastersteinen, Kleinpflaster verarbeiten. Die letztere Sorte wird am meisten angefertigt. Der Abfall (Schrotten) wandert wie in allen größeren Betrieben auch hier in den Brecher. Die Brecheranlage, bestehend aus zwei Badenbrechern und einem Walzenbrecher, fressen eine Masse Material den Tag über. Diese Anlage ist gänzlich verschiebt, denn sie liegt dem Bruche nach versetzt. Doch hierüber wollen wir keine Kritik weiter lassen. Das Material ist von großer Festigkeit. Die Wöhne sind sehr bescheiden bei tüchtiger Arbeit, und hätte die Mehrzahl der Arbeiter kein Land, worauf sie ihre Kartoffeln und Gemüse banten, so wäre mit den Löhnen nicht auszukommen. Trotz des schlecht gangbaren Materials sind die Wöhne für die einzelnen Steinforten bedeutend niedriger wie in den hiesigen Basaltbrüchen. Die Kraft erzeugt eine Maschine mit 100 Pferdekraften. Dieselbe treibt die Brecheranlage, Schmiebe, Dreher und Tischlerei. Als Unterkunftsraum dient ein sehr solides Gebäude. Hierin befinden sich die Kontorräume und die Wohnung des Inspektors. Die erste Etage dient hauptsächlich als Schlafraum. Hier sind einige leere Räume mit 8 bis 10 Betten, worin die Arbeiter, welche in entfernten Orten wohnen, die Woche über logieren. Das ganze Gebäude ist mit einer Dampfzentralheizung versehen.

Der Steintransport geschieht mittels vier Lokomotiven, welche die 1 1/2 Kubikmeter fassenden Koris nach der Verladerrampe Avelshausen, Göttingen, Bodensele transportieren. Verladen werden täglich 25 Eisenbahnwaggons und mehr. Die Zahl der Arbeiter beträgt beläuft sich wohl annähernd auf 250 bis 280, wovon zwei Drittel organisiert sind.

Wir verlassen diese Stätte und wandern durch einen herrlichen Buchenwald höher hinauf zur Bramburg. Pustend gelangen wir in dem alten Betriebe der Firma S. Sander u. Söhne an. Dieser Betrieb ist nicht konzentriert wie der erst geschilderte. Er wurde schon 1853 angelegt und in den ersten Jahrzehnten wurde Raubbau getrieben, doch ist die Beschäftigtenzahl der Arbeiter bedeutend größer: als auf der Luft. Im Sommer sind annähernd 500 Kollegen beschäftigt. Die Preise für Steinforten sind dieselben und die Löhne der übrigen Arbeiter auch, 30 bis 34 Wfg. Stundenlohn wie auf der Luft. Auch Einrichtungen wie Kantine, Schlafräume sind vorhanden, nur im älteren Stil. Die Arbeiterkraft in diesem Betriebe ist auch zu 50 Prozent organisiert. Der Transport der Stein geschieht mittels mehrerer Bremsberge bis zum Sammelbahnhof, von dort mit mehreren Lokomotiven zum Verladebahnhof Wolsprigehausen an der Strecke Northeim. Der Verband ist hier ein enormer. Der Besitzer dieses Bergfeldes ist der Baron Freiherr v. Avelshausen, welcher eine sehr große Pachtsumme aus diesem Betriebe bezieht.

Unser Verband geht auch hier vorwärts, trotzdem sich die Herren mit Händen und Füßen dagegen sträuben und mit allen schätzbaren Mitteln die Bewegung bekämpfen. Kollegen, agitiert rüstig weiter, laßt euch nicht abschrecken dadurch, daß das Unternehmertum durch Maßregelung einzelner Kollegen die andern schrecken will. Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

## Die Werkwohnung.

In der „Woche“ von Scherl, da sieht man die Pracht in den kronprinzlichen Gemächern, Da wandeln Kronleuchter zum Tage die Nacht, Da glitzert's aus allen Gefächern, Da schwellen die Sofas aus Seide und Plüsch, Da glänzt man prunkvoll beladener Tisch Und Bilder bedecken die Wände In goldenen Rahmen, gar schwer und breit. Im Kamine knistert das Zedernholzlicht Und alles ist kostbare Blende. So reißt sich entzündend Gemach an Gemach, Vom Bad bis zum schimmernden Saale. Fast ist der herrliche Wandtisch zu schwach, Fast beugt er sich unter dem Mahle.

Mit allen Gemüthen der Erde befreit. — So leben die Höhen, die Reichen der Welt, Die herrschenden Klassen der Länder, Verhältniß, geat, wie die Vögelin; Man wickelt sie gleichsam in Watte ein Und hüllt sie in feinste Gewänder.

Und schaut man sich um in den Straßen der Stadt, Da steht man in prächtigen Säben Die köstlichsten Möbel; der Luxus hat Von den Reichen erfährt einen jeden. Viel Tausende geben für Miete sie aus, Zum Schmucklasten wird das geräumige Haus, Da läßt es gar köstlich sich leben, Da atmet alles erquickende Luft, Da sinkt in weich seidenen Teppich der Schuh, Da bleibt man am Schmutz nicht kleben.

Doch wer brach zu den prunkenden Häusern den Stein? Wer hat für den Bau ihn behauen? Er kommt nur mit in den Steinbruch hinein, Da könnt ihr die Fleißigen schauen! Da hallt laut der Hämmer, der Spitzhaken Schlag, Da schaffen sie stöhnend den ganzen Tag, Und der giftige Steinstaub verzehret Dem Manne die Lunge, der dort sich müht Für den spärlichen Hungerlohn, den er bezieht Für ein Leben, das alles entbehret.

Und wird es Nacht und will er jetzt aus Die Glieder zum Schläfe fressen, Da winkt ihm kein hübsches, beglücktes Haus, Kein Bett mit frisch leinenen Decken. Im Bilde nur, auf dem verlogenen Tisch, Sieht Arbeiterhäuer man sauber und frisch Mit hellen, geräumigen Kammern; Doch was man Werkwohnung großsprecherisch nennt, Das ist eine Hölle — Poy Element! — Eine Hölle zum Heulen und Jammern.

Da fällt nur ein Strohsack das schmale Bett, Da gibt es nur Pferdebeden.

Arbeitswilligen-Schuldgeß, sondern dagegen, indem sie beweisen daß auf Grund der bestehenden Gesetze so harte Strafen wegen Streikvergehens verhängt werden können, daß es einem schwindig werden möchte.

Daß es einem schwindig werden möchte! Jawohl, wenn diese nicht gewissenlos das politische Interesse des Zentrums über alles stellen, dann müßte ihnen grauen vor den Folgen des Judasstreiks im Ruhrgebiet. An die hundert Jahre Gefängnis für Arbeiter und Arbeiterfrauen, weil sie unvorsichtigerweise aus ihren Gefühlen für die Streikbrecher kein Hehl machen.

Ein „Vertrag der Standesehre“ nennt Hize in seinem Buch „Kapital und Arbeit“ den Streikbruch; die christliche „Gewerkschaftsstimme“ empfahl in Nr. 29 von 1908:

Um solche Elemente (Streikbrecher) zur Vernunft zu bringen, wäre es am besten, wenn sie jeden Tag nach Arbeitslohn statt Lohn 25 auf einen edlen Körpertheil aufgezählt bekämen.

In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ selbst konnte man früher oft treffende Schilderungen von Streikbrechern lesen. Zufällig lesen wir in Nr. 37 von 1908:

Charakterlose Arbeiter... Statt daß die Streikbrecher soviel Ehrgefühl besäßen, sich ihrer Taten zu schämen, renommieren sie damit noch in der Dienstlichkeit.

Für die richtige Bezeichnung dieser Leute fehle ihr der Ausdruck, meinte damals die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“.

Genau wie das Blatt 1908, urteilen heute Millionen von Arbeitern über die Judas im Ruhrgebiet, und ihre Gefühle werden nicht freundlicher, wenn sie daran denken, daß brave, leider unbekanntere Proletarier schwer bestraft wurden, weil sie zum Ausdruck brachten, was Christliche hundert- und tausendmal taten.

Mit scheinheiliger Gemüthsruhe über die harten Strafen besitzenden die Schwärzgelben aber weder die grauenhaften Folgen ihrer Schandtaten, noch vermögen sie einen denkenden Menschen davon zu überzeugen, daß sie noch einer Besserung auf diesem Gebiet fähig wären.

## Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne im Bergbau.

Nach den jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten amtlichen Lohnangaben für den preussischen Bergbau haben erst in sechs Bergrevieren die Löhne den Stand vom 4. Vierteljahr 1907 wieder erreicht, bezw. etwas überschritten; in sieben Bergrevieren stehen sie zum Teil noch erheblich niedriger. Die Löhne der Gesamtleistung schwanken in 13 Bergrevieren im 4. Vierteljahr zwischen 3.39 Mark und 4.99 Mark, im 1. Vierteljahr 1912 zwischen 3.36 Mark und 4.83 Mark im Durchschnitt pro Schicht. Am niedrigsten standen die Löhne der Gesamtleistung in Niederschlesien, am höchsten im Ruhrgebiet. Die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Behrhaue) schwanken im 4. Vierteljahr 1907 zwischen 3.70 Mark und 6.14 Mark, im 1. Vierteljahr 1912 zwischen 3.55 Mark und 5.74 Mark im Durchschnitt pro Schicht. Am niedrigsten standen die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter im Kassauer Erzbergbau, am höchsten im Ruhrgebiet.

191 482 469 Mark Lohnverluste haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau in den letzten 4 1/2 Jahren, vom 1. Vierteljahr 1908 bis einschließlich 1. Vierteljahr 1912, allein durch direkte Lohnrückgänge erlitten, ungerechnet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feiertagsarbeiten entstanden sind. Im 4. Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast überall den höchsten Stand erreicht, von da ab ging es stark abwärts. Wären die Löhne auf dem Stande, den sie im 4. Vierteljahr 1907 erreicht hatten, auch nur stehen geblieben, so hätten die Bergarbeiter in der angegebenen Zeit 191 482 469 Mark mehr verdient, die sie jetzt durch die Lohnrückgänge eingebüßt haben. Die Gesamtlöhnerverluste betragen, nach den amtlichen Angaben berechnet, in den einzelnen Bergrevieren: Ruhrgebiet 150 117 440 Mark; Oberschlesien 8 711 449 Mark; Niederschlesien 9 932 471 Mark; Saargebiet 4 054 087 Mark; Kassauer Revier 4 215 093 Mark; Haller Braunkohlenrevier 879 422 Mark; Haller Salzbergbau 402 064 Mark; Clausthaler Salzbergbau 383 790 Mark; Mansfelder Erzbergbau 1 374 409 Mark; Siegener Erzbergbau 7 564 796 Mark; Kassauer Erzbergbau 2 876 831 Mark; Rheinisch-westfälischer Erzbergbau 2 061 223 Mark.

Diese gewaltigen Lohnverluste rechtfertigen sich durch die finanzielle Lage der Werke in keiner Weise, stieg doch der Gesamtgewinn auf 34 Werken von 188 799 948 Mark im Jahre 1910 auf 208 783 906 Mark im Jahre 1911 oder um 19 983 958 Mark, gleich 10,6 Prozent. Diese Gewinnziffern geben eine Uebersicht über die wirtschaftliche Lage und die Rentabilität der Werke; sie zeigen, daß sich die gewaltigen Lohnverluste der Bergarbeiter von weit über 191 Millionen Mark in keiner Weise rechtfertigen. Die Werke wären finanziell sehr gut in der Lage gewesen, nicht nur die Löhne auf ihrer alten Höhe zu halten, sondern darüber hinaus in zeitgemäßer Weise zu erhöhen. Das ist nicht geschehen. Alle Folgen der Krise haben die Begehren auf die Bergarbeiter und damit auf die Gesamtheit abgewälzt.

Trotzdem die finanzielle Lage der Werke im allgemeinen eine sehr gute ist, besonders im Ruhrgebiet, haben die Ruhrgrubenbesitzer ab 1. April eine Kohlenpreiserhöhung eintreten lassen, wodurch ihnen nach vorsichtiger Schätzung eine jährliche Mehreinnahme von über 90 Millionen Mark entsteht. Aber sie denken nicht daran, die

Löhne in zeitgemäßer Weise zu erhöhen. Selbst wenn die Löhne auf die alte Höhe vom 4. Vierteljahr 1907 heraufgebracht würden, hätten die Bergarbeiter immer noch keinen Ausgleich für die inzwischen eingetretene starke Verteuerung der Lebensbedürfnisse und keinen Ersatz für die gewaltigen Lohnverluste. Auf beides werden sie vergebens warten, warten durch die Schuld des christlichen Gewerksvereins, der Streikbruch verübte, als die Zeit günstig war, um Zugeständnisse zu erlangen. Nie zuvor war die Zeit so günstig, um Erfolge zu erzielen, wie in diesem Frühjahr; der christliche Gewerksverein hat die Bergarbeiter durch seinen schmählichen Streikbruch um den sonst sicheren Erfolg gebracht. Um den Streikbruch zu rechtfertigen, behaupteten die Streikbruchführer, die Grubenbesitzer hätten Lohnerrhöhung in Aussicht gestellt, sie würden den Arbeitern freiwillig entgegenkommen. Diese „christlichen“ Hirngespinnne zerfallen jetzt in nichts. Die amtlichen Lohnangaben zeigen, daß die Grubenbesitzer trotz der steigenden Gewinne und der erhöhten Kohlenpreise nicht daran denken, die Löhne freiwillig in zeitgemäßer Weise zu erhöhen. Nur gezwungen werden sie nachgeben. Damit steht auch der christliche Streikbruchgewerksverein vor der Frage: Was nun?

## Der 9. Konsumvereinskongress

in Berlin, der in der vorigen Woche tagte, war ein bemerkenswertes Zeichen ruhigen, zielsicheren Vorwärtsschreitens der deutschen modernen Konsumvereinsbewegung. In einem Zeitraum von neun Jahren, da er besteht, hat sich der Zentralverband Deutscher Konsumvereine zu einer der bedeutungsvollsten Organisationen dieser Art entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg von 575 000 auf 1 325 000. Das wachsende Interesse der Arbeiter an der Sache hat diesen Aufschwung herbeigeführt. Denn es bleibt dabei: die Konsumvereinsbewegung ist gegründet auf den Willen und das Interesse der Proletarier. Und es war ein gutes Zeichen der Einsicht in diese Tatsache, daß die Begrüßungsrede des vortretenden Gastes Genossen Dr. Kemner stürmischen Beifall bei den über 1000 Delegierten entlockte, der den natürlichen intimen Zusammenhang zwischen der Konsumvereins- und der modernen Arbeiterbewegung scharf hervorhob. Eine starke und wirtschaftlich einflussreiche Konsumvereinsbewegung wird ein Stück Arbeiterbewegung sein, oder — sie wird nicht sein! Mögen die Gegner darob die Konsumvereine „sozialdemokratisch“ schelten und sie denunzieren. Dieses Geschehen zieht heute nicht mehr, sein Zweck ist nur zu durchsichtig. In Kopenhagen und Magdeburg sind die Verührungspunkte beider Bewegungen hervorgehoben, ihre Grenzlinien festgestellt und die Bedeutung der Konsumvereine vom Standpunkt des wirtschaftlichen Interesses der Arbeiter gewürdigt worden. Das ist die Richtschnur für die politisch organisierten Arbeiter. Partei und Konsumvereine werden dabei nicht schlecht fahren. Die Gegner aber mögen weiter schimpfen.

Fallen sie doch jetzt eben wieder in altgewohnter Weise über die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine her. Besonders in einem Punkte hat es der imposante Berliner Kongress ihnen angetan. Konsumvereine und Gewerkschaften haben beschlossen, für ihre Mitglieder eine Solksversicherung großen Stils ins Leben zu rufen. Weil sie der Meinung sind, es sei nicht gerade nötig, daß arme Arbeiter auch noch auf dem Gebiet der Versicherung Objekt trauer Ausbeutung sein müssen. Weil sie es nunmehr ablehnen, in Zukunft schwerreiche Direktoren und Aktionäre noch reicher zu machen. Man sollte meinen, jeder vernünftige Mensch müßte aus sozialen Gründen schon einen derartigen gesunden Schritt auf dem Wege wirtschaftlicher Selbsthilfe der Arbeiter mit Freuden als eine eminent praktische Tat begrüßen. Weit gefehlt! Die Gegner wissen das besser: Die neue Eigen-Solksversicherung der Arbeiter ist nur eine neue verdeckte Waffe der Sozialdemokratie. Darum, Staat, schon zu, daß dir kein Schaden geschieht. So wird geschrien, kaum daß der Beschluß in Berlin gefaßt ist! Daß die denkende Arbeiterschaft nicht mehr mit hohen Versicherungssprämien, wenigen Centen ein nichtstunendes Schlemmerleben schaffen können will — das ist in den Augen dieser Vorkämpfer ein Kapitalverbrechen an der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Wie wackerlich muß sie doch sein! Die Arbeiter aber lächeln und gehen zur Tagesordnung über. Es ist sicher: der Berliner Konsumvereinstag hat in diesem Beschluß einen sehr guten Gedanken der Verwirklichung nahe gebracht!

Auch sonst wurde wertvolle Arbeit für die Weiterentwicklung der Sache geleistet. Der Genossenschaftstag stimmte einem neuen Musterstatut zu, das schon jahrelang in Vorbereitung war und der modernen Konsumvereinsentwicklung der neuen Zeit Rechnung trägt. Bisher waren die einzelnen Vereine bei Schaffung oder Aenderung eines Statuts immer noch auf das Muster des bürgerlichen Allgemeinen Verbands angewiesen. — Von großer Wichtigkeit für die ganze Bewegung ist auch die im Prinzip beschlossene Reorganisation des Zentralverbands. Er soll wesentlich erweiterte Führungs- und Verwaltungsfunktionen erhalten. Die lose Form der Föderation soll sich mehr dem Charakter der Zentralisation nähern. Es ist nur zu wünschen, daß die Unterverbände der einzelnen Bundesstaaten und Bezirke des Reichs nicht allzuviel an ihrer Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit einbüßen. Das wäre ein schwerer Fehler! Im übrigen können die in dieser Beziehung gefaßten Beschlüsse wohl als eine in der Entwicklung liegende Notwendigkeit angesehen werden. Die Unterverbände sollen in ihrer Verfassung geändert und in jedem ein weiterer Sekretär angestellt werden.

Das Referat über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels brachte im wesentlichen Material zur Beurteilung des blindwütigen Kampfes der Mittelständler gegen die Konsumvereine. Die Bewegung der letzteren kann dadurch nicht aufgehoben werden, wie sich zur Genüge gezeigt hat. Im Gegenteil, sie wird erst recht entfacht. Die Mittelständler blasen in das Feuer, das sie löschen wollen. Die Konsumvereinsbewegung ist im vollen Gange und bereits so stark, daß nur Loren meinen können, sie sei aus der Welt zu schaffen. — Eine andre rein geschäftliche Neuerung schien nicht allenthalben Zustimmung auf dem Genossenschaftstag zu finden. Die Verlagsanstalt, die jetzt ein Teil des Zentralverbands ist, soll in eine eigne Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wie die Großkaufhausgesellschaft, umgewandelt werden. Endgültig wird darüber aber erst ein außerordentlicher Genossenschaftstag im Herbst entscheiden, ebenso über die Verfassungsänderungen des Zentralverbands und der Unterverbände.

Alles in allem hat der Berliner Kongress gezeigt, daß die deutsche Arbeiter-Konsumvereinsbewegung stramm marschiert. Ihre Entwicklung in den letzten Jahren steht in der Geschichte der Konsumvereine ohne Gleichen da! Die in England nicht ausgeflohen. — Erstverühnliche scheint man auch in leitenden Kreisen des Zentralverbands einzusehen, daß das bisher dort beobachtete Abweichen von der modernen Arbeiterbewegung nicht im Interesse und im Wesen der Sache liegt. Hoffen wir, daß diese Einsicht weitere Fortschritte macht und auch die künftigen Kongresse von diesem Geiste befeelt sein mögen!

## Jahrmärtsillusionen.

Wer hat in seiner Jugend nicht einen Jahrmarkt besucht und war kindlich-naiven Gemüts erkaunt ob der Herrlichkeiten, die sich da den neugierigen Blicken aufstaut? Wie imponierten die wilden Menschenfresser aus Afrika oder Australien, wie verblüffend wirkte die Kraft des Athleten, der Marmorplatten zerbrach, Rentnergewichte mit seinem Gebiß jonglierte und Eisenstangen gleich Weidenruten frumm bog! Wie fette die elektrische Dame in Erstaunen oder der Zauberspiegel, der die Gesichter beim Hineinschaun je nachdem in die Breite oder Länge ins Riesenhafte verzerrte und damit munteres Kinderlachen auslöste!

Diese Sensationen aus lauchender Kinderzeit werden im gereiften Alter als das erkannt, was sie in Wirklichkeit sind: als Illusionen und Spiegelfechtereien. Der „Zauberspiegel“ entpuppt sich als konkav- oder konvexgeschliffenes Spiegelglas, das Wunder

der „elektrischen“ Dame beruht auf einem einfachen Experiment der Uebertragung der elektrischen Kraft, die Eisenstangen des Athleten sind von Blech, seine Gewichte höhl und die Marmorplatten gelittet. Und die wilden Menschenfresser entpuppen sich nach Anwendung einer kräftigen Portion Seife als harmlose und friedfertige Leute aus nächster Nachbarschaft.

Wer wollte nicht zugeben, daß diese Jahrmärtsillusionen der Kinderzeit auch ohne weiteres auf unser Staats- und Gesellschaftsleben zutreffen! Auf der Schaubühne des kapitalistischen Gegenwartstaats spielen sich dieselben Spiegelfechtereien wie auf dem Jahrmarkt ab, auch hier sehen wir Betrüger und Betrogene.

Ein geistreicher Franzose sagte einmal, daß die Sprache dazu da sei, die Gedanken zu verbergen. Damit hat er unzweifelhaft recht. Die Schaubühnenbesitzer der kapitalistischen Welt nutzen die menschliche Gabe der Bereidbarkeit weidlich aus, um den kindlich gaffenden Zuschauern ein X für ein U vorzumachen und auf diese Weise den Eintrittsobolus zu ergattern. Und wirklich hüpfen noch heute viele Arbeiter auf die Leimruten der kapitalistischen Schaubühneninhaber und lassen sich dann rupfen nach Vergenslust.

Da jahren sich diese kapitalistischen Schaubühnenbesitzer ihre patriotischen Reden heiser und versprechen den aufhorchenden Zuschauern „den Schutz der nationalen Arbeit“. In Wirklichkeit meinen sie damit den Schutz des Kapitalprofits. Und arme, unwissende Ausländer werden hereingeholt ins Land und als Lohnbrüder und Streikbrecher gemißbraucht. Das erzählt man dem dummen Zuschauer natürlich nicht. Ihm genügt auch schon, wenn so ein Bühnenmann erklärt, den Schutz der nationalen Arbeit fordern und durchzuführen zu wollen. Da klafft dann das kindlich anspruchsvolle Zuschauerwerk vergnügt in die Hände und entrichtet freudig das Eintrittsgeld.

Ein anderer Schaubühnenbesitzer schmettert mit dröhnendem Bierbaß hinaus: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ Das Zuschauerwerk klafft begeistert Beifall. Der Schreier aber hat mittlerweile schon viel zu viel von liberalen Theologen gehört, um noch kindlichstreu an den hebräisch-ägyptischen Zauboth zu glauben. Das ist für das Zuschauerwerk gerade noch zu genug. Und als braver Patriot spekuliert er in den Staatspapieren irgendeines ausländischen „Erbsfeindes“.

„Gleiches Recht für alle!“ So gröhlt mit dem Brustton tiefinnigster Ueberzeugung ein anderer Schaubühneninhaber und den ehrfürchtig erschauenden Zuschauern wird die hehre Göttin mit den verbundenen Augen, in der einen Hand die Wage, in der andern das blanke Schwert der Gerechtigkeit, in märchenhaft bengalischer Beleuchtung vorgeführt. Märchenhaft ist gut. Das gleiche ist schon längst im Laffenstaat zum Märchen geworden. Der des „Landfriedensbruchs“ überführte Prolet wandert ins Zuchthaus, der patriotische Korpsstudent, der sich eines ähnlichen Vergehens schuldig gemacht, läßt als Sühne seinen Herrn Papa 50 Mk. Geldstrafe bleihen. Der vaterlandslose Streikbruder, der einen Streikbrecher Streikbrecher nennt, wandert auf Monate hinter schwedische Gardinen, die arbeitswillige Staatsstütze, die nach Gendarmen mit dem Streikbrecherrevolver knallt, kommt mit einigen hellen Geldstrafe davon. Die kleinen Spitzhüben hängt man, die großen läßt man laufen. Ihre Karriere darf doch nicht verdorben werden.

Ein anderer feiert wieder das Christentum und die Nächstenliebe in den ruhrendsten Tönen. Das bekommen vor allem unsere patentierten Staatsstücken, die Junker, am besten fertig. Und dann feiern sie das Duell, diese standesgemäße Verlesung der Gesetze durch unerlaubte Selbsthilfe, was nichts andres darstellt als verachtete oder vollführte schwere unchristliche Körperverletzung oder nackten Menschenmord, als eine unerläßliche Einrichtung zur Wahrung der ganz besonders fein gearbeteten Ehre der Privilegierten. Das paßt auf das fünfte Gebot und auf die christliche Nächstenliebe wie die Faust aufs Auge.

Man erzählt auch den Arbeitern, daß allen Staatsangehörigen ohne Unterschied zur Erhaltung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage das Vereinigungsrecht zustehet. Das trifft auch auf alle Bevölkerungsschichten zu, aber beileibe nicht auf die Arbeiterkaste. Hier durchsieht man dieses „gesetzlich gewährleistete Recht“ mit allen möglichen Abwehrmaßnahmen und Schutzmannsmaßregeln, so daß mancher schon zu der Ansicht gekommen ist, daß man dieses „Koalitionsrecht“ weit eher ein Gesetz zur Verhinderung der Ausübung des Vereinigungsrechts nennen könne. Hinzu kommt noch, daß jeder Arbeiter, der in wirksamer Weise von diesem Recht Gebrauch machen will, in den bösen Geruch unbedingter Staatsfeindschaft gerät.

Und wie stehts mit dem Arbeiterschutz? Bei Ankündigung dieser Vorstellung nehmen die kapitalistischen Schaubühnenbesitzer ganz besonders Maul und beide Backen voll. Sie erzählen väterlichen Tons, wie wunderbarlich weit wir es doch gebracht haben in der staatlichen Sozialversicherung, der Gemeindegene und Gefirkauffahrt. Und mittlerweile müssen alljährlich Tausende Proleten ihr Leben auf dem Schlachtfeld der Arbeit lassen oder werden zu Krüppeln. Die vielgerühmte „Kompottküchel“ bleibt leer. Wirklichen Arbeiterschutz, etwa den gesetzlich vorgeordneten achtstündigen Maximalarbeitszeit oder uneingeschränktes Koalitionsrecht der Arbeiterschaft zu gewähren, das fällt diesen „Arbeiterfreunden“ nicht im Traume ein. Und mit dem vielversprechenden Paragrafenwerk, dem man den bombastischen Titel Arbeiterschutzgesetzgebung und Sozialversicherung beigelegt hat, geht es mit den in Aussicht genommenen Verbesserungen genau so wie mit der Schürmader Springsprozeßion: drei Schritte vorwärts, zwei Schritte zurück; nur mit dem Unterschied, daß nach den zwei Schritten zurück immer eine unheimlich große Pause eintritt und manches leiblich Annehmbar beim Zurückhüpfen oder schwerfälligen Vorwärtstolpeln wieder umgerissen wird.

Das Vorstehende ist nur eine ganz kleine Blütenlese aus den Jahrmärtsillusionen der Schaubühnen der kapitalistischen Welt. Wir könnten sie noch beliebig verlängern und kämen so bald nicht zum Schluß. Der kapitalistische Staat ist der in die Praxis umgesetzte Jahrmarkt mit allen Attributen der Spiegelfechtereien und betrügerischen Illusionen. Die Arbeiter sind die Zuschauer und wenn sie ihr naives Kindergemüt aus der Jugendzeit behalten haben, dann glauben sie auch noch im reiferen Alter dem blöden Lantam und der Schaumglägererei der kapitalistischen Söldlinge und nehmen gläubigen Gemüts das Dargebotene als bare Münze hin.

Zum Glück hat die moderne Arbeiterbewegung in diese überlebten Kinderanschauungen einer großen Kinderstube bereits hafende Breche geschossen. Viele Arbeiter sind bereits geistig herangereift, haben die hohle Theatermaske der Besthenden schon längst als solche erkannt und ziehen den kapitalistischen Poffenreißern die klingenden Narrenkappen unbarmherzig vom Schädel herunter, so daß dann die hohhaft grinende, volksfeindliche Wifage zum Vorschein kommt.

Allerdings gibt es noch viele Armen im Geiste. Sie leben immer noch in geistiger Kinderzeit und folgen immer noch mit verwunderten Kinderangen den Jahrmärtsillusionen ihrer Ausbeuter und Unterdrücker. Aber auch unter ihnen wird es tagen. Auch sie werden sich nach und nach zur wahren Erkenntnis durchbringen und allgemach die Narrenpoffen erkennen, die man mit ihrem Sell treibt.

Und daß dies möglichst schnell geschehe, dafür werden die bereits aufgeklärten und geistig zur Mündigkeit herangereiften Arbeiter sorgen. Sie werden ihren Klassenoffenen immer wieder den hohlen und widerlichen Jahrmärtsrummel der Ausbeuter und Ausbeutergewissen in ihrem wahren Uwert vor Augen führen. Und je nachhaltiger das geschieht, um so früher fällt der Vorhang über die Breiterbühnen der kapitalistischen Jahrmärtsillusionäre und ihrer rhetorischen Klopffechter.

Da muß man auf ein hart-schmutziges Brett Die Glieder, die todmüden, strecken.  
Da hat man kaum noch zum Atmen Luft,  
Da herrscht ein feuchtkliger, modriger Duft.  
Da ist es zum Schaudern und Schauern.  
Da ist's wie im Zuchthaus, ja schlimmer noch,  
Da schmilzt nichts Schönes das traurige Loch,  
Kein Bild die graufahnen Mauern.

So scheidet die Menschen der Klassenstaat:  
Im Gold schwimmt der eine, im gelben;  
Der andre nur Elend und Arbeit hat —  
Und doch sind die Menschen dieselben.  
Erkaffen sind gleich sie von der Natur,  
Getrennt hat die „heilige“ Ordnung sie nur,  
Wie die Reichen die Ungleichheit nennen.  
Wie lange wolle ihr noch Sklaven sein,  
Ihr Armen? O, schließt doch zum Kampfe die Reiß'n,  
Statt tatenlos drüber zu flennen!

Ihr baut die Paläste, ihr brecht den Stein,  
Ihr haut ihn zu kunstvollen Quadern,  
Ihr hobelt die Möbel, ihr tragt sie hinein,  
Ihr poliert dem Marmor die Adern,  
Ihr webt die Gewänder aus Seide und Samt —  
Und dennoch sollt ihr zum Elend verdammt:  
Und selbst euch das Elend verlängern?  
Nein, Menschen seid ihr mit Menschenblut,  
Drum fordert für alle das gleiche Gut,  
Und nieder mit euren Bedrängern!

Die Waffe, die euch das Recht verschafft,  
Sie ist schon geschärft und geschliffen;  
Den Schwachen kann leihen sie Miesentraft,  
Drum sed zu den Waffen gegriffen!  
Sie ist keine Waffe für blutigen Streit,  
Zusammenschluß heißt sie und Einigkeit.  
Zur Einigkeit laßt euch entflammen!  
Sozialdemokratie und Gewerkschaft führt  
Zum Siege euch, wenn ihr euch selber rührt.  
In ihnen schließt drum euch zusammen.

Richard Wagner.